

Verkauf von
„Die Kunst Welt“
 monatlich 10 Pfennig
 Schriftleitung:
 Post 46/46, Dresden-Neustadt
 Anzeigen: werbliche von
 2-10 Pfennig



Angererbörse
 ...
Kapital
 ...
Hauptgeschäftsstelle:
 ...

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die soziale Revolution.

Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie Österreichs erhielt sein Gepräge durch die lebendigen Auseinandersetzungen über die Taktik. Ist die Taktik der Sozialdemokratie Österreichs noch die richtige, soll sie im Parlament schärfere Mittel anwenden, um die Forderung der Arbeiter durchzusetzen? Die Diskussion, die längere Zeit vor dem Parteitag in den Organisationen, in der Presse und in dem wissenschaftlichen Organ unserer österreichischen Freunde, dem Kampf, geführt wurde, spielte sich schließlich auf die Frage zu: Opposition oder Obstruktion? Bisher haben die sozialdemokratischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats in schärfer Opposition zur Regierung und vor dem Christlich-Sozialen, einem dem deutschen Zentrum ähnlichen, aber noch widerwärtigeren Parteibündnis, gestanden; von einigen Genossen wurde aber verlangt, daß die sozialdemokratische Fraktion sich damit begnügen solle, sondern durch Obstruktion die Verhandlungen des Reichsrats unmöglich machen müsse. Dieses Mittel haben bis heute die kleineren nationalen Parteien in Österreich bedient; sie benutzten die Geschäftsordnung, um die Verhandlungen zu verschleppen, sie vollzogen mit ihrer Bulle den einen Scheitern, sie veranstalteten unharmonische Szenen mit Schreien und Signalpfeifen, sie hielten Reden von tagelanger Dauer. Sie haben mit dieser Inkompetenz oft nur das erreicht, daß die Regierung den berechtigten Paragraphen 14 in Kraft setzen konnte, der die parlamentarische Tätigkeit aufhebt und der Regierung eine fast absolute Gewalt bereift.

Wenn dieses Verhalten nach Obstruktion wendet sich im Novemberkampf des Kampfes der Genossen Otto Bauer in einem ausgezeichneten längeren Artikel, der auch für die Parteigenossen in Deutschland von großem Interesse sein dürfte. Bauer formulierte das Verlangen nach Obstruktion als einen Ausfluß reformistischer Anschauung, die auf einer Überhöhung der parlamentarischen Tätigkeit beruht. Die Obstruktion dürfe nicht zur Regel werden, nur in bestimmten Fällen könne sie angewendet werden: 1. In Körperkämpfen, die auf Grund eines Privilegienstreits zusammengefallen sind. 2. Wenn eine demokratische Wahlrechts-Einteilung aus der Mehrheit des Volkes nur die Minderheit des Reichsrats hervorgehen läßt. Dieser Grund wird immer nur von den deutschen Sozialdemokraten als Mittel zur Obstruktion angesehen. „Ist Bauer ist der letzten Wahlen eine Umänderung der Stimmungen in der Wählerchaft eingeleitet, ist die parlamentarische Mehrheit in der Wählerchaft verloren hat, allgemeine Neuwahlen eine andere Mehrheit zur Macht führen werden. In diesem Falle wird die Obstruktion als Mittel gebraucht, um Neuwahlen zu erzwingen. Außerdem ist die Obstruktion dann zulässig, wenn eine Mehrheit die Minderheit an der Funktion der Kritik und der Kontrolle im Parlament und an der Agitation außerhalb des Reichsrats hindert. Abschließend sagt Genosse Bauer zusammen:

„Die Obstruktion kann unter ganz bestimmten Umständen ein wertvolles Mittel der Abwehr sein. Ein normales Mittel des Klassenkampfes ist sie nicht. Werden wir aber zu ihrer Anwendung doch gezwungen, so führt sie entweder zu vollkommener Verhinderung des Reichsrats oder zu einer Reform der Geschäftsordnung, die die Obstruktion unmöglich macht; entweder ganz nach dem Absichten der Sozialdemokratie oder durch die parlamentarische Herrschaft der Bourgeoisie. Ein Mittel, eine solche „positiver Erfolg“ dem Parlamentarismus beizubringen, ist die Obstruktion in keinem Falle.“

Der Artikel schließt mit folgenden beachtenswerten Ausführungen:

Die überhöchsten Hoffnungen, die die Arbeiterklasse aus den großen Siegen von 1904 bis 1907 schöpfte, hat, sind zur ernstlichen Gefahr für die Partei geworden. Immer noch glaubt die Masse, sie könnte alles, wenn sie nur will. Immer noch glaubt sie, es lägen alle die herrlichsten Erfolge nicht verjagt bleiben, wenn nur die Partei und die Gewerkschaften mühtiger, rücksichtsloser, nachsichtiger vorwärts stürzten. Der Unmut der Enttäuschten leidet sich darum gegen uns, statt gegen die Schuldigen; gegen unsere Abgeordneten, statt gegen unsere Gegner; gegen die Sozialdemokratie, statt gegen den Kapitalismus.

Von dieser unförmlichen Denkmis müssen wir die Masse befreien. Wir können das nicht mit einem Schlag. Es bedarf dazu jahrelanger Erziehungsarbeit. Aber diese Arbeit muß geleistet werden.

Wir müssen die Massen zurückführen zu der alten Lehre des Sozialismus; zu der Lehre, die uns sagt, daß positive Erfolge in der kapitalistischen Gesellschaft nur schwer, nur in unzulänglichen Maße erzwungen werden können; daß die Arbeiterklasse sich nicht in allmählich friedlichem Aufstieg emporarbeiten, sondern nur in den Stürmen der sozialen Revolution sich befreien kann.

Solche Erkenntnis mag den entmutigen, der an die soziale Revolution nicht glaubt, denn sie ein Ereignis seines Jahrhunderts ist. Die Masse wird nicht entmutigt, sie wird vielmehr zu härtester Siegesüberfahrt erhoben werden, wenn wir sie befreien lehnen, daß wir bereits mitten in ihr Prozess der sozialen Revolution stehen.

Was ist die soziale Revolution? Sie ist nicht eine Woche Klassenkampf. Wie sich die soziale Revolution der Arbeiterklasse vollziehen wird, werden wir erkennen, wenn wir uns

erinnern, wie sich die soziale Revolution der Bourgeoisie vollziehen hat.

Die soziale Revolution der Bourgeoisie setzte sich mit der französischen Revolution von 1789. Ihr folgte eine Zeit blutiger Bürgerkriege, gewaltiger Klassenkämpfe, eine Zeit, in der alle Staaten zusammengebrochen, neue Staaten entstanden, in allen Ländern die Staatsverfassungen umgewandelt worden sind. Diese Zeit der großen Stürme dauerte bis 1871. Ihre Ergebnisse waren der Sturz des Absolutismus, die Begründung des parlamentarischen Regimes in allen Ländern, die Enttötung des Feudalismus, die Herrschaft der Bourgeoisie, die Abschaffung der Feudalität der Bauern in Europa und der Sklaverei der Neger in Amerika.

Die soziale Revolution des Proletariats wird sich in ähnlicher Weise vollziehen. Auch sie fällt in eine Zeit rührender Bürgerkriege, blutiger Klassenkämpfe, eine Zeit, in der alle Staaten verschwinden, neue Staaten entstehen, in allen Ländern die Staatsverfassungen umgewandelt werden. Ihre Ergebnisse werden sein die volle Demokratie, die Enttötung der Bourgeoisie, die Diktatur des Proletariats, die Verfestigung der Produktionsmittel.

Diese Periode der sozialen Revolution hat bereits begonnen. Seit der Mitte der neunziger Jahre vollzieht sich der Prozess der Industrialisierung der Welt in viel schnellerem Tempo als vorher. Durch die Herrschaft des Finanzkapitals und die Industrie, durch die Bildung der Kartelle und Trusts, durch die Entwidlung der Unternehmensverbände auf der einen und der Gewerkschaften auf der anderen Seite, schließlich durch die über die ganze Weltverbreitete herabgebrochene Zwang werden die Klassenkämpfe verschärft. England, einst als klassisches Land des „sozialen Friedens“ gerühmt, registriert heute vor den gewaltigen Klassenkämpfen.

Außerdem wagt der Kapitalismus, dessen Reich nur kurzem noch auf einen kleinen Teil der bescheidenen Erde beschränkt ist, eine Revolutionspolitik der Ideologie, nach Umrüstung und Wenden gleichgültig der, die Europa im Zeitalter der Reformen erlebt hat. Die Umwälzungen im Orient werden die Gegenstände über den Weltmächten verschärfen, die Kriegsvorbereitungen überall beschleunigen, die Steuerbürde unerträglich machen, schließlich blutige Kriege entfesseln, in deren Gefolge der Untergang in den durch den Krieg erschütterten Staaten einhergeht.

Sehen die erste Phase dieses weltgeschichtlichen Prozesses hat uns um ein mächtiges Stück weiter gebracht. Der Vorwärtsschritt Japans in einem modernen kapitalistischen Staat folgte mit eherner Notwendigkeit dem Zusammenstoß mit England, dem Kriege in der Mandchurien die russische Revolution, der Revolution in Russland der Weltkrieg in Österreich. So wird jede neue Phase des weltgeschichtlichen Entwicklungsganges auch uns die Wahn öffnen zu höchstem Vorstoß.

Mit Blut und Eisen wird Geschichte gemacht. Die Parlamente haben nur zu registrieren, was in den Machtverhältnissen der Klassen sich geändert hat. Das österreichische Parlament hat im Jahre 1904 das allgemeine Wahlrecht eingetragten in das Verzeichnis des Reiches. Heute weigert es uns wieder, was wir begehren. Wozu, wenn aus Ost und West der Sturm wieder hereinbrüllt in unser Land, wird es sich vor unserem Willen wieder beugen.

Zugleich aber wird aus den Kämpfen im Parlament selbst und neue Kraft gewonnen. Alle Parlamente werden in den Jahren der großen europäischen Stürme immer neue Opfer dem Militarismus bringen, immer neue Steuern den Vätern auferlegen müssen. Die Sozialdemokratie wird das nicht verhindern können - hier so wenig wie in den anderen Ländern. Aber unser Kampf gegen die Lasten, die unerträglich von Jahr zu Jahr, den Völkern aufgebürdet werden, wird immer neue Massen aus der Gesellschaft der Bourgeoisie losreißen und in unser Lager führen.

So werden wir unter dem Druck großer Ereignisse allmählich in einem Jahrzehnte dauernden Prozess der Minderheit zur Mehrheit wachsen, aus der Minderheit zur Macht.

Das ist die soziale Revolution. Was der Arbeiterklasse vorgeht, mit parlamentarischen Kunstgriffen ihr Grund aus der Welt schaffen zu können, heißt sie, ohne Entschlossenheit wird sich morgen gegen sie kehren. Wir wollen und müssen der Arbeiterklasse die Wahrheit sagen: daß es nicht nur des Rates und des Fleißes bedarf, um Geistes zu vollbringen; daß der Erfolg unseres Wirkens immer abhängt von der Dingen um uns; daß nur die große Stunde große Tat gebiert. Und die Arbeiterklasse wird darum nicht entmutigt werden, wenn wir sie zugleich lehnen, das Werden der neuen Welt, das haben der großen Stunde zu sehen.

Überall muß die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse zum Glauben an die unumgängliche Kraft der Entwidlung, an die große Epoche der sozialen Revolution erziehen. Aber in Österreich brauchen wir diesen Glauben noch viel mehr als anderswo. Denn im Ausland mag als Aufgabe der Arbeiterklasse nur erscheinen, die Staatsmaschine der Bourgeoisie zu enttöten, und diesen Weg kann man sich auch friedlich vorstellen. Auf unserem Boden gibt es aber noch gar keine brauchbare Staatsmaschine, die wir in Besitz nehmen könnten. Das naturwidrige Staatsgebilde der „im Reichstage vertretenen Königreiche und Länder“ wird nie ein demokratisches und sozialistisches Gemeinwesen sein. Wie in den Stürmen der bürgerlichen Revolution Duzende Staaten verschwinden und neue Reiche entstanden sind, so wird in den Stürmen von

morgen nach dieses Staatsgebilde höheren Formen weichen müssen. Darum unmutig es uns nicht, wenn wir diesen Staat immer tiefer in ausbleibende Wirren versinken sehen. Im Gegenteil! Der Zusammenbruch des Reiches, die Abschaffung der Länder, der wilde Kampf der Nationen - all das sind nur die Flammenspiele, die uns antun, daß wir der Stunde schon nahe sind, in der unter dem ehernen Zwang großer weltgeschichtlicher Ereignisse entscheidend werden wird, ob dieses Reich sich noch umstellen kann zu einem Lande der freien Donauufer, oder ob es in den Flammen aufgehen wird und wir Bürger werden eines großen freien Gemeinwesens der deutschen Nation, das sich befreien wird, so weit die deutsche Junge Klingt.

Nicht wir von uns 14 uns befreien, ist die Grundfrage unserer Taktik. Reichlich wird er bestehen, solange dieser Staat steht. Nicht ob wir obstruieren wollen, ist unter größtes Problem. Unsere Obstruktion würde sich selbst gar bald als absurdum führen. Wie wir die Masse von dem Glauben an die Unmöglichkeit des Reiches befreien; wie wir sie aus dem entgegennahenden Nichts-als-Reformismus loslösen; wie wir sie wieder an die geschichtliche Entwicklung, an die soziale Revolution, mit einem Worte: an den Sozialismus glauben lehnen, das ist die Grundfrage unserer Taktik.

Die Lehre des österreichischen Parteitages sagt die Wiener Arbeiterzeitung in die Worte zusammen: Wenn das Massenelement anständig; wenn dem Proletariat die Erfüllung aller Forderungen beigelegt wird; wenn immer neue Würden auf seine Schultern gelegt werden; wenn alles sich gegen uns vereint und die berechtigten Gewalten all unsere Bemühungen vereiteln, dann erkennt das Proletariat erst recht, wie feindselig ihre Gesellschaft und ihr Staat ihm sind; dann erkennt es erst recht, daß es keinen Frieden geben kann zwischen ihm und dieser bürgerlichen Welt; daß sein Ziel nur erreichbar ist auf den Trümmern der vom Kapital beherrschten Ordnung! Die Erneuerung und Festigung der alten revolutionären Auffassung unserer geschichtlichen Aufgabe ist das wichtigste Ergebnis dieses Parteitages!

Die Krupp-Falser rollen.

Die Krupp-Presse weiß, was sie bei reichen Firma Krupp schuldig ist. Sie hat alles aufzubieten, den unangenehmen Eindruck zu verhehlen, den die Verurteilung der Kruppangelegenheiten wegen Verletzung gemacht hat. Und wer das am besten versteht, wird der Sympathie der Firma Krupp fähig sein. Was kommt es bei Krupp auf das Geld an; wo die Bearbeitung der Presse ein Bruch des Geschäftsbetriebes ist, werden doch keine „Nähen und Ausgaben“ geleistet werden, die etwas fleckig gewordene Bekanntheit wieder blank zu scheuern. Und fast hat es den Anschein, als sei die Regierung selbst mit an dieser Windmühle beteiligt, wenigstens reihen die offiziellen Organe den Mund an weitesten auf. Die Berliner Politischen Nachrichten des Herrn Viktor Schweinburg widmen dem Krupp-Prozess einen Leitartikel, aus dem zur Charakteristik seiner Tendenz nur folgender Satz mitgeteilt sei.

Denn ... und darin liegt der eigentliche Wert des Prozesses gegen Greus und Brandt - alle Welt hat sich auf Grund einer ohne jede Schonung erfüllten Gerichtsverhandlung überzeugen können, daß die sozialdemokratische Seite gegen die Firma Krupp erhobene Anklage in der ungelücktesten Weise aufgebauscht war, daß aber in Wirklichkeit nichts gefehlt ist, was Veranlassung geben könnte, das Ansehen der Firma Krupp zu schwächen oder ihr das fast durch ein Jahrhundert entgegengesetzte Vertrauen zu entziehen. Und zweitens: Alle Welt hat sich überzeugen können, daß die Firma Krupp von den besten Absichten befreit war, denn ihr ist es einzig und allein darum zu tun gewesen, den vielen Hunderttausenden von Menschen, deren Existenz mit dem Gelingen der Firma Krupp aufs engste verbunden ist, regelmäßig und auskömmlichen Erwerb zu sichern. Wohl hat sich, um diesen Zweck zu erreichen, der ausführende Beamte in der Wahl der Mittel geirrt, aber die Leistung der Firma Krupp kann, wenn man die Wirkung ihres Handelsunbefangenen und loyal beurteilt, keinerlei Vorwurf treffen.

Weiter kann die Verbreitung aller Rechtsgrundlagen nicht gehen, als sie hier zur höheren Ehre Krupp betrieben wird. Ob Viktor Schweinburg einem hungernden Arbeiter, der sich um Erhaltung seiner Familie ein Brot flicht, noch auch die „besten Absichten“ nachsehen und ihn damit entquiden wird, das er sich nur in der „Wahl der Mittel geirrt“ habe?

Den gleichen haben die Schweinburg plündert der Wirkliche Geheim Rat Dr. Rosen im „Berliner Anz. Roman, der Mann, der der Sozialdemokratie vorwerft, daß sie leitend mit dem Gibe umgehe, sucht der Welt dadurch, daß er das Wort Krupp-Prozess in Anführungsstriche setzt, weiszumachen, daß überhaupt von einem Krupp-Prozess keine Rede sein könne. Er will die Affäre auf eine „Schmeicheleiergeschichte“ verwandeln, die die Kruppangelegenheiten an der die Firma Krupp selbst ganz unanständig ist. Um das zu befehlen, gibt er nicht etwa das Urteil über die Ergebnisse der Gerichtsverhandlung, sondern die Rede, die der frühere Reichsminister v. Seeringen im Reichstage am 11. März 1907 gehalten hat. Derriges Geplöter gegen die Sozialdemokratie muß bei allen diesen Krupp-Verleumdungen die Schwärze der Worte überdecken. Die geschickliche Mühle! Der Klugheit weiß diese Mühle um die Firma Krupp ganz richtig zu taxieren.



Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 12. November 1912.

Das Programm der Kommission für die Rüstungslieferungen.

Den Mitgliedern der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen ist der Entwurf eines Arbeitsprogramms zugegangen. Inwieweit werden die allgemeinen Fragen erörtert, insbesondere:

1. die Entlohnung der Grundkräfte und Methoden für die Lieferung von Rüstungsgegenständen an die See- und Marineverwaltung unter Berücksichtigung der großen Privatbetriebe im Inland und großer Betriebe (Staats- und Privatbetriebe) im Ausland. 2. Wirtschaftlicher Zusammenhang der Rüstungslieferungen mit den übrigen Fragen mit der wirtschaftlichen Entwicklung.

Im Anschluß daran sollen beraten werden: 1. Fragen, betreffend die Möglichkeiten der Beschaffung, (Beschaffung in Regie, Beschaffung in fiskalischen Betrieben, Beschaffung in Privatbetrieben, Beschaffung, teils in Privat-, teils in fiskalischen Betrieben, Herstellung der ausländischen Industrie; Subventionen von Privatbetrieben; Vorteile und Nachteile der verschiedenen Beschaffungsmethoden; Anstellung von Verfassungen; Beschaffung von Patenten und Erfindungen.)

2. Fragen, betreffend die Art der Vergütung, (Verschiedene Vergütungsarten; Festsetzung der Bedingungen, Ausziehung von Sachverständigen, Verfahren bei Monopolstellung der Firma; Verfahren bei Betrieben von Kartellen, Preisüberabnahmen usw.; Schmiergeldernüsse; Verfahren bei der Prüfung, ob der gestellte Preis angemessen.)

3. Fragen, betreffend das Abnahmeverfahren.

Die Konserativen markieren Kesselfehl

Die Fälle, in denen Konservativ bei Stichwahlen um sozialdemokratische Wahlhilfe getobt und der Sozialdemokratie Geld geboten hatten, waren in letzter Zeit besonders zahlreich an Licht gekommen. Das schien den dunklen Verhältnissen ein wenig blamabel zu sein, weshalb sie jetzt schleunigst die Kerker markieren.

Aus Berlin wird gemeldet: Der engere Vorstand der deutsch-konservativen Partei hat am 8. November beschlossen, daß in Zukunft ein solches Verhalten der Partei bei solchen Mitgliedern unzulässig eintritt, die zwecks Wahlhilfe mit Angehörigen der Sozialdemokratie verhandeln. In der Einleitung des Beschlusses wird angegeben, daß solche Verhandlungen vorgekommen seien, aber das seien nur — vereinzelte Konservative gewesen, die — auf eigene Faust gehandelt hätten.

Man wird also in Zukunft den Wetel um sozialdemokratische Stimmen — noch vorzichtiger betreiben lassen.

Die Empörung in Javern.

Von amtlicher Stelle wird über die gestern berichteten Vorgänge in Javern folgende Darstellung verbreitet:

Nach dem Bericht des Regiments 90 sind die Vorgänge in Javern entstellend wiedergegeben. Leutnant v. Forstner hat einen neuen Polizeikommissar, den er als einen Mann von Ehrliebe und Gerechtigkeit ansieht, weil in Javern wiederholt Streitigkeiten zwischen Militär und Zivil vorgekommen waren. Der Offizier hat deshalb die Returen zur Zurückhaltung ermahnt und sie gleichzeitig befehlet, daß es andererseits für den Soldaten verboten sei, sich gegen Angriffe seiner Haut zu wehren und in der Nutzung von der Waffe Gebrauch zu machen. Wenn er sich richtig benimmt, erhalte er von Leutnant von Forstner 10 Mk. Hierbei sind freiwirtschaftliche Elemente der Zivilbevölkerung mit dem in Esch geläufigen Ausdruck Wades beleidigt worden, der so viel bedeuten sollte, wie anerkannt, Wohlstand oder ähnliche Bezeichnungen. Die schließliche Landesverwaltung als solche war in Javern nicht gemeint. Die gerichtliche Feststellung ist im Gange. Der Vorfal hat zu Kundgebungen der Bevölkerung gegen Leutnant von Forstner geführt. Näheres wird noch aufklärt.

Man braucht diese Darstellung nicht so wörtlich zu nehmen, denn sie beweist offenbar den Mangel an Ehrlichkeit des in Frage stehenden Offiziers. Das Kommissariat hätte besser sein, wenn es den Offizier so schleunigst die Möglichkeit geboten, daß unter der propagierten Bevölkerung wieder Ruhe einträte. Die scharfmächtige Presse macht allerdings keine Erwähnung als solche, weil sie selbst nicht sofort mit voller Energie gegen die — Zivilbevölkerung eingeschritten sei.

Deutsches Reich.

— **Königsgebäude durch Arbeiterentsaffung!** Die Scharfmächtigkeiten im Baugebiet der Wälder wollen sich an der allgemeinen Landesausstellung, die am Mittwoch stattfindet, dadurch beteiligen, daß sie ihre Betriebe sperren. Im aber bei den Arbeitern den Lohn nicht zahlen zu müssen, geben die Unternehmer auf ihren Arbeitern die Entlassung mit dem Bemerken, daß die Leute am nächsten Donnerstag wieder neu eingestellt werden.

Eine größere Arbeit und ein größerer „Patriotismus“ ist nicht denkbar!

— **Die Präsidentenwahl im sächsischen Landtage.** Die national-liberale Fraktion scheint sich von den Verleichen der Konservativen lösen und dafür sorgen zu wollen, daß kein Sozialdemokrat in das Präsidium des sächsischen Landtages gewählt wird. In der sächsischen national-liberalen Korrespondenz veröffentlicht der Vorsitzende der national-liberalen Fraktion, der Hr. Reimer, einen Artikel, in welchem er darlegt, daß die national-liberalen Fraktion an den Sonntag, festhalten sie bereits in der vorigen Session des Landtages zur Präsidentenwahl eingenommen habe. Sie werde also auch diesmal nicht für einen Sozialdemokraten stimmen. Wenn eine Einigkeit über die Belegung des Präsidiums der Sozialdemokraten innewerden, schied Schriftführerpolens nach nicht existiert ist, so sei doch zu hoffen, daß unter den liberalen Parteien eine Einigkeit herbeigeführt werden könne. Die Konservativen wollen also sowohl gegen den Genossen Fräulein als Vizepräsidenten, wie auch gegen den Genossen Reimer als Schriftführer des Landtages stimmen und damit den Wünschen der Konservativen Rechnung tragen. Die letzteren wieder darauf bedacht, Ansprüche auf den Posten der ersten Präsidenten zu erheben.

— **Die empörten Haus- und Grundbesitzer.** Auf dem 17. preussischen Haus- und Grundbesitzer, der soeben in Berlin abgehalten wurde, lagelte es Proteste und Angriffe auf die Grundrenten- und die Wertpapiersteuer, die man als gefährlich, verheerend und insbesondere als sozialistisch erachtet. Auf die Angriffe antwortete der Herr Minister, daß die Grundrenten nicht zu erhöhen, sondern zu senken sind, daß die Sozialdemokratie mit Feuer und Schwert bekämpfen, in ihrer Bewegung dem Sozialismus Rechnung tragen müssen! Nur eine kleine Anzahl Vertreter des mittleren und kleineren Grundbesitzes, insbesondere des Berliner, machten das allgemeine Wesen nicht mit in ihre Bestimmung jeder sozialen Reform ein.

— **Weser auf die Wahlen der Reichstag.** Aus Bonn wird gemeldet: Der hiesige Volkspartei hat eine Resolution beschlossen. Er unterlagte bei Strafe dem Reuisten Mitglied-Landtag die weitere Mitgliedschaft in der Bonner Dominikanerstraße. — Nun hat das Zentrum wieder ein Mandat, gegen gewöhnliche Mitgliedschaften zu wehren und die Volkspartei für keine Partei zu halten.

— **Was die vorkonferativen National-liberalen für ein Organisationsziel!** Die Vorhabe der national-liberalen Organisationen für Westpreußen sah eine Resolution, die sich im Sinne der Stellungnahme des Landtags für stärkere Strafverfolgung und insbesondere für rasche und scharfe Anwendung des Strafgesetzbuchs ausdrückte.

Walden.

Der Abschluß der griechisch-türkischen Verhandlungen soll unmittelbar bevorstehen. An dieser erfreulichen Wendung der Dinge dürfte der rumanische Minister Jonelesu wesentlich Anteil haben; er hat sowohl in Konstantinopel wie auch in Athen fördernd auf den Gang der Verhandlungen eingewirkt. Auf Grund eines von ihm vorgeschlagenen Kompromisses ist über fast alle Punkte ein Einverständnis zustande gekommen. Mehrere Fragen unter ihnen die des Interhalts der türkischen Gefangenen und der Beschlagnahme der griechischen Schiffe werden einem Schiedsgericht unterbreitet.

Deutscher Reichstag.

Die holländische Krise. Im österreichischen Abgeordnetenhaus beantwortete der Ministerpräsident eine Interpellation über die Einhebung der Landesverwaltungscommission in Wäldern. Der Ministerpräsident begründete insbesondere die Notwendigkeit der Einhebung der Landesverwaltungscommission und erklärte, die Regierung sei bereit, an der baldigen Durchführung eines Auftrages der Vergebung mitzuwirken. Der begründete Ansicht auf eine ungehörige Tätigkeit des Landtages eröffne. Die Regierung betradte es als ihre ernste Pflicht, eine Annäherung beider Nationalitäten anzubahnen. Auf diesem Boden werde auch die gegenseitige Ausprägung und Einigung über die Grundzüge einer neuen Landtagsordnung angestrebt werden müssen, welche die Regierung als einen unerlässlichen Bestandteil der nationalpolitischen Neuordnung in Wäldern ansehe. Sodann wurde die Eröffnung der Debatte über die Verantwortung der Interpellation beschloß.

Frankreich.

Die außerordentliche Wahlreform. Die bisher als rein akademisch angesehene Diskussion der Wahlreform in der französischen Deputiertenkammer ist jetzt plötzlich in den Vordergrund der politischen Aktualität getreten. Als die Kammer mit 291 gegen 273 Stimmen vorige Woche entschied, die vom Senat zurückgeschickte Wahlreform als ersten Dispositionsgesetz zu behandeln, war man sich allgemein einig, daß es sich dabei nur um eine Demonstration handelte. In der Frage des allgemeinen Stimmrechts müßte die durch das allgemeine Stimmrecht gewählte Kammer das letzte Wort haben. Aber in dem Maße, als die Diskussion fortschritt, um Abstimmung zu Abstimmung, schmolz der Widerstand der Reformgegner zusammen, wurde die proportionale Mehrheit zweifelhafte, 65 Abgeordnete nur stimmten für das gegenwärtige System, 147 für die einfache Stimmenwahl, 255 für die Verhältniswahl mit Minoritätenvertretung. Heute schloß sich der Senat und mit 228 gegen 222 Stimmen machte die Kammer den Versuch, die Wahlreform noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Es handelt sich um ein Amendement des Abgeordneten Leveau, das sich auf die Verteilung der Mandate bezieht. Nach diesem Mandat soll jede Liste zunächst so viele Sitze erhalten, als die auf sie entfallende Stimmenzahl der Quotienten enthält. Die verbleibenden Sitze sollen in der Stichwahl der Liste zufallen, die die absolute oder relative Mehrheit erhält. Genosse Grouffier erklärte im Namen der Kommission, daß sie bereit sei, auf dieser Basis einen Kompromiß zu schließen, in der Voraussetzung, daß die Gegner der Reform darauf eingehen. Der Ministerpräsident schloß sich ihm an. In der Abstimmung wurde das Amendement mit der oben erwähnten Mehrheit in der Kammer angenommen. Die Frage ist nun, wird die Wähler, die heute dagegen stimmten, den Kompromiß annehmen? Das wird sich morgen herausfinden. Dem bleibt freilich noch der Senat, von dem es in letzter Linie abhängt, ob die Reform noch vor den Wahlen realisiert wird.

Paris, 12. November. Die Deputiertenkammer sprach sich mit 311 gegen 133 Stimmen für die Trennung des Präsidiums des Rates in zwei Kammern von der Wahlreform aus.

Eine Nachwahl zur Deputiertenkammer fand am Sonntag in dem Pariser Vorort Montmartre statt, für den verstorbenen unabhängigen Sozialisten Constant hat. 1910 hatten Constant erhalten: Constant 18 888, Gen. Martin 5008, ein Alteraler 1428 und ein Kandidat 1379. Sonntag erhielten: Martin 19 100, Constant 9116, Gen. Martin 7252, ein christlicher Demokrat 2165 und ein Kandidat 1049. Es findet also Stichwahl statt, in der unser Genosse gute Aussichten hat.

England.

Die liberalen Wahlbedingen. Die eben festgestellten drei parlamentarischen Ergebnisse haben der Regierung eine empfindliche Niederlage gebracht. Das sündige Ergebnis der bisherigen Wahlreform Sir Rufus Jaaacs, ist den Liberalen verloren gegangen, und in dem schottischen Wahlkreise Perthshire ist ihre Mehrheit um über 1000 Stimmen zurückgegangen. In der gegenwärtigen politischen Lage, die sich leicht in kurzer Zeit zu einer Krise aufblähen kann, sind, so schreibt man uns aus London, diese Wahlergebnisse von großer Bedeutung und erhöhen das Interesse für die drei anderen noch ausstehenden Ergebnisse.

In Reading, das Sir Rufus Jaaacs bei der letzten Wahl mit einer Mehrheit von 900 Stimmen behauptete, sind diesmal abgetreten worden: für den Konservativen 5144, für den Liberalen 4013 und für den Sozialdemokraten 1063 Stimmen. Am meisten hat die Sozialdemokratie an Stimmen gewonnen, die sozialdemokratische Kandidaten übertrafen. Ein dritter Kandidat ist in Reading nicht 1898 aufgetreten, als der verlorene Genosse Dewell für die S. D. kandidierte, aber nur 270 Stimmen erhielt. Neben der Erklärung des starken sozialdemokratischen Stimmengewinnes besteht in der gegen die Meinungsvorgeschichte: sie liegt in erster Linie in der wachsenden Enttäuschung der englischen Arbeitermassen über die Duldung des kapitalistischen Gewaltregiments in Dublin und über die Einschränkung der Sozialisten, während der Ministerpräsident Garstin unbeschäftigt die bewaffnete Rebellion organisiert. Dieser Mißstand ist aber nicht nur die meisten sozialdemokratischen Stimmen in erster Linie zu veranlassen, sondern nachdrücklich auch viele der verlorenen Stimmen der Konservativen, die von Arbeitern herrühren, die wegen dieser Politik der Regierung protestieren wollten, aber doch noch nicht

Die Juristischen Kommissionen haben sich kürzlich dem Bericht angeschlossen, die Regierung der Hauptrolle an einem Beispiel näher zu beleuchten. Es handelt sich um den Berliner Kofalanecker, der bekanntlich noch während der Verhandlung verurteilt, den Staatsanwalt einzuführen und auf diese Weise die Firma Krupp vor unangenehmen Fragen und Zeugnisausfragen zu bewahren. Die Juristischen Kommissionen schrieben an den Reichstag Anträge auf den Staatsanwalt.

Doppelte Beweise müssen sie aber gerade in diesem Falle wirken. Denn heute ist es doch wirklich für keinen Schuldigen mehr ein Geheimnis, daß die unter den Kujipaten des Landwirtschaftsministers glückliche Beende Aktion zur finanziellen Entlastung des Vorgesetzten des Berliner Kofalanecker ohne die außerordentliche Beweismittel der Krupp nicht, nicht ausführbar gewesen wäre. Aber die Pflicht des Reiches war es, in diesem belasteten Falle einzugreifen und der Redaktion die äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen. Unter keinen Umständen durfte er den Vorgesetzten des Reiches über rechtlichen und loben lassen, als bis der Gerichtshof seine Entscheidung war, er hätte damit nicht nur dem eigenen Unternehmen, sondern der ganzen Presse einen Dienst erwiesen.

Von der Verleitung und ihren Opfern.

Der Vorwärts schreibt: Mit den härtesten Worten und der tiefsten Entschlossenheit hat Herr Oberstaatsanwalt Ehrgegnitz in seinem Plädoyer gegen Brandt und Cecius den Stab gebrochen über diejenigen, die Beante zum Bruch des in gesetztem Vertrauens, zum Verrat ihrer dienstlichen Pflichten verleiten. Und nicht ohne Geldeisen erschienen dem Herrn Oberstaatsanwalt die schmählich und strafbar, sondern noch schlimmer, weiß verborgener und heimtückisch, erhebt ihm die verurteilte Bezeugung zum Vertrauensbruch durch Verleitung, durch Geschenke, durch Fremdenbesuche, die zur Festlegung des damit verbundenen führen.

Seit Jahren wird die Bewegung der Arbeiterklasse, wird ihr Kampf um gleiches Recht, um ihren Anteil am Wert des in ihr Erzeugten immer wieder offen verfolgt und heimlich beschattet. Diese Summe werden öffentlich dafür bewilligt, höhere vielleicht insgeheim befaßt und von trauriger Aussicht sind die Fälle, in denen wir diese Epigonen auftreten mußten. Wer nennt die Namen aller der Ehrenmänner, die sich in der vom Oberstaatsanwalt verurteilten Art auf Kosten des Volkes und in höherem Auftrag in die Arbeiterorganisationen einschleichen, an Mitglieder und Vertrauensmänner heranziehen, um sie zu hören, sie direkt und indirekt zu betreiben zur Mitteilung von Tatsachen und Klagen, zur Angabe der Anhänger einer politisch missliebigen Meinung und die wirtschaftlich Stärkeren zum Bruch der Wortschwörung!

Nun, Herr Oberstaatsanwalt, wir hoffen, daß Ihre Aufzählung die gleiche bleibt, wenn es sich um politische Polizeispiele gegen die Partei der radikalen Opposition handelt.

Die Polizeischmüffel.

Vertraulich! — Gift! — Geheim!

Die Genehmigungsämter in Preußen kennt keine Grenzen. Das beweisen wieder zwei amtliche Schriftstücke, die unserem Kaffee Parteilieb auf den Redaktionstisch geflogen sind. Das erste lautet:

Vertraulich!

Kassel, den 1. Oktober 1913.

Hgl. Eisenbahn-Verfahrenamt K.

Es gefl. R. an Königl. Polizeipräsidium in Kassel.

Es wird um gefällige Mitteilung erbeten, erlaucht, seit wann der Müller Alexander M. . . . geboren am 17. März 1880 zu Kassel, dort wohnt und ob er sich in seinen Lebensverhältnissen abwärts und abwärts befindet und an ordnungsgemäßen Beschäftigungen sich nicht beteiligt hat.

Nach seiner Angabe hat er bisher gewohnt (folgt Straße und Hausnummer).

(Unterzeichnet).

Das Polizeipräsidium in Kassel bezieht sich dem ihm unterbreiteten Antrag schnell und geschäftig gerecht zu werden. Sobald das Ergebnis beim Polizeipräsidium eingelaufen war, erhielt es dort den polizeilichen Stempel und den mit Notifiz auszuführenden Vermerk: „Gift II“. Sofort trat Abteilung II (die Kriminalpolizei) in Funktion und legte das Resultat ihres „Aufklärungs“-Dienstes in folgendem Dokument nieder, an dessen Ausfüllung sich nicht weniger als fünf Abteilungen der Polizeiverwaltung beteiligten:

Gift II

Kassel, den 2. 10. 13.

Abteilung II (6), II 11 600.

Lauft um bei: 1. dem Weibeamt. 2. der politischen Polizei, 3. der Ver-Alt-Beruo. II, 4. dem Strafvorgangsbüro bei G. 5. dem 4. Polizeiviertel.

Zu 1: die Personallisten stimmen; gemeldet v. 17. 8. 80, bis 13. 10. 00, 26. 9. 02 bis 14. 5. 04 und seit 22. 6. 04.

Zu 2: G. II (Polit.) an 4. 10. ab 6. 10. 01. Kl. ist Sozialdemokrat.

Zu 2 und 3: kommt als bestrahlt nicht vor.

Zu 4: 7. 4. an 7. 10.

Zu 5: Nachteiliges ist nicht bekannt.

Das Polizeipräsidium verleiht das Schriftstück nach dem handschriftlichen, rot und blau unterzeichneten „Geheim!“ Auch die Bemerkung der politischen Abteilung des Kaffee Polizeipräsidiums „Kl. ist Sozialdemokrat“ wurde rot unterstrichen!

Geheim! Eine charakteristische Einschätzung der von der Polizei auf Wunsch ausgeführten schwarzen Polizei Geheim in diesen Fall, ob diese förmliche polizeiliche Polizei Preußens von der ersten besten Dienststelle der dem Minister Weizenbach unterstellten Eisenbahnverwaltung in Bewegung gesetzt werden kann, um die Anstellung eines sozialdemokratischen Gewinners verächtlichen Eisenbahnverwaltung zu verhindern, oder zu ermöglichen, daß so ein „waterlandloser Geistes“ der der ersten sich bietenden Gelegenheit futzend auf ein Strafenplakat gelegt werden kann. Geheim in diesen Fall, ob die politische Polizei trotz des neuen Vereinigtes, laut welchem die Namen der Mitglieder der politischen Vereine der Polizei nicht mehr mitgeteilt werden, dennoch in der Lage ist, prunzi gegen zu können; der und der ist Sozialdemokrat! Geheim in diesen Fall, ob der ertzte Kat der politischen Polizei, denn dieser auf stehen, aber gegen den Willen der breiten Masse der Steuerzahler besorgte Spionagegeheim diskreditiert, wenn er bekannt wird, das Ansehen der politischen Polizei immer mehr und bewirkt, daß immer lauter der Ruf ertzt: Fort mit der politischen Polizei!

Sozialdemokratisch stimmen wollen. Es verdient betont zu werden, daß die Kandidatur für die sozialdemokratische Partei nicht nur der W. S. P. sondern der lokalen Organisation der J. S. P. und des lokalen Gewerkschaftsverbandes ist. Dieses erste und wichtigste Ziel der Sozialdemokratie ist ein hervorragender Zug aller gegenwärtigen Wahlkämpfe und berechtigt zu den besten Hoffnungen.

In Schottland kämpfen allerdings nur zwei Kandidaten, aber auch hier hat der überlebende liberale Kandidat eine sehr wichtige Rolle zu spielen. Es ist zu erwarten, daß die Organisation der J. S. P. in Schottland für die sozialdemokratische Partei ausgehen, zum Vorteil der Regierung diesmal für den konservativen Kandidaten zu ihrem Nutzen. Und der Erfolg war, daß die Liberalen einen ihrer sichersten Wahlkreise verlor. Diese Stellung der Arbeiter bedeutet eine ganz neue Wendung und wenn sie systematisch fortgesetzt wird, die ganze englische Politik umwälzen. Es zeigt natürlich nicht, daß die Arbeiter die Konservativen vorziehen, sondern daß sie unter allen Umständen schließen sich, ihre eigenen Wege zu gehen und daß sie es den Liberalen selber überlassen, dafür zu sorgen, daß sie am besten bleiben und ihre großen Reformvorhaben und die Generale nicht gefährden. Wir wissen nicht daran, daß diese neue Haltung den gewöhnlichen Eindruck auf die Regierung machen und auch das Wohlwollen der Arbeiterpartei fördern wird. Eine radikalsche egoistische Politik haben die Liberalen allemal besser begriffen, als kluge staatsmännische Wägung.

Regie.

Nach seine Entlassung. Die Vereinigten Staaten verdrängen jetzt, wie aus Washington gemeldet wird, Ouerla gegenüber eine Art Ausnahmspolitik, indem sie die Rechte erlauben, es ihm unmöglich zu machen, Anleihen unterzubringen oder Geld auf andere Weise zu erlangen. Frankreich und England sollen angeblich dieser Idee zustimmen. Man wird wie man in Washington glaubt, auf diese Weise die Unterbrechung oder die Aufhebung des Waffenhandelsvertrages vermeiden. Staatssekretär Bryan hatte mit dem mexikanischen Geschäftsträger eine Unterredung, in welcher er ihm erklärt haben soll, daß die Vereinigten Staaten die Wahl des mexikanischen Kongresses für ebenso ungültig anerkennen, wie die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten.

Kleine Auslandsnachrichten. Das Ergebnis der spanischen Gemeindevahlen ist folgendes: Gebildet wurden 2070 Konfessionisten, 1669 Liberale, 544 Republikaner, 104 Sozialisten, 106 Unabhängige, 142 Regionalisten oder Nationalisten, 219 Jaimisten oder Intergralen, 50 Katholiken, 61 reformistische Republikaner und 80 Wilde. Die Gemeinderatswahlen in Bulgarien ergaben für die Regierungspartei eine anfängliche Mehrheit.

Abgeordnetenhaus und Senat in Belgien sind am Diensttage zur ordentlichen Session zusammengetreten. Zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wurde Schoelcher, zum Präsidenten des Senats Baron de Boveraux wiedergewählt.

Aus der Partei.

Von der Parteipresse.

Zum Nachfolger Wilhelm Geneschs als politischer Redakteur der Freien Presse in Elberfeld ist Genosse Otto Niebuhr (früher in Halle und Essen), jetzt politischer Redakteur der Arbeiterzeitung Arbeiterzweig in Duisburg, gewählt worden. Genosse Niebuhr wird sein neues Amt am 1. Januar 1914 antreten.

Sozialisten und Arbeiterpartei in England.

Man schreibt uns aus London: Die J. S. P. (Unabhängige Arbeiterpartei) hat eine Anzahl Resolutionen von ausgesprochen sozialistischem Charakter auf die Tagesordnung der nächsten Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, die im Januar in Glasgow stattfinden, gesetzt. Die eine Resolution bezieht sich auf die „Arbeitserziehung“, die sie für das äußere Zeichen einer tieferen sozialen Arbeit erklärt, die nur durch die Abschaffung des kapitalistischen Produktionsystems beseitigt werden kann. Als erste Schritte zu diesem Ende fordert die Resolution ein gesetzlich garantiertes Mindestmaß öffentlichen Lebens für alle durch Einführung allgemeiner Minimalsätze, einer 48-stündigen Normalarbeitswoche, vollständiger Kranken- und Altersrenten, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Sicherung gesunder Wohnungen für alle und Abschaffung des Armenrechts. Eine andere Resolution begrüßt das Wachstum der politischen Organisation der Arbeiter in England und anderen Ländern, die die Sozialgesetzgebung gefördert hat. Sie erklärt abermals, daß das Ziel der Arbeiterbewegung die Beseitigung der Armut und der Klassenunterschiede durch die Beseitigung des Lohnes und des industriellen Kapitals besteht, in dem Glauben, daß nur dadurch die Gesellschaft auf eine wahrhaft menschliche Basis gestellt und die freie Entwicklung der höheren individuellen und sozialen Fähigkeiten der Masse ermöglicht werden können.

Die Welt in Waffen.

Kriege und Kriegsgeschichten der Neuzeit. Unter diesem Titel beginnt in wenigen Tagen ein neues Lieferungsheft in der Serie Kulturbilder in unserer Berliner Partei-Verlage zu erscheinen. Von dem Verfasser, dem Genossen Hugo Schulz in Wien ist bereits früher in der gleichen Serie das Werk Blut und Eisen erschienen und hat allgemein lobende Besprechungen erfahren. Das jetzt erscheinende Werk ist eine entwicklungsgeschichtliche Darstellung, dessen Zweck die Kriegsgeschichte des letzten Jahrzehntes bis auf unsere Tage bildet. Die Darstellung beginnt mit dem großen Kampfe zwischen dem polnischen Volk gegen die kaiserliche Fremdherrschaft des russischen Zarenthums und endet mit den gewaltigen Kriegsvorgängen auf dem Balkanfeld. Das Werk erscheint in 60 reich illustrierten Seiten zu je

20 Pf. — Besprechungen nehmen schon jetzt alle Parteizeitungen, Parteiverlage und Parteibüros entgegen. Preisliste und Prospekt liegen kostenlos zur Verfügung.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverträge im Holzgewerbe.

Bei der großen Tarifbewegung im Holzgewerbe im vergangenen Jahre ist durch die Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeiter, die Kampf dadurch vermieden worden, daß über die grundsätzliche Frage der Vertragsgruppenbildung ein Kompromiß herbeigeführt wurde. Während es bisher im Holzgewerbe bei vierjähriger Vertragsdauer vier Vertragsgruppen gab, ist es jetzt in Zukunft nur noch zwei geworden. Der Schiedsrichter des Frh. v. Berlepsch befragt darüber:

Die Vertragsdauer der jetzt zur Verhandlung stehenden Verträge läuft bis zum 15. Februar 1917.

Die Zusammenfassung der Gruppen von 1914, 15 und 16 auf 1915 erfolgt unter folgenden Bedingungen:

1. Die Verträge des Jahres 1914 werden beiderseits nicht gekündigt und laufen somit bis 15. Februar 1915 weiter.
2. Es wird allen Vertragsarbeitern dieser Orte am 15. Febr. 1914 eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde resp. eine dementsprechende Erhöhung der bestehenden Akkordpreise und Akkordtarife gewährt.
3. Die Verträge des Jahres 1916 werden im Jahre 1915 nur zur Verhandlung gestellt.
4. Im Jahre 1915 werden wiederum für alle diese Orte neue Verträge mit dem gemeinsamen Akkordtarif am 15. Februar 1916 abgeschlossen.
5. Die in gleicher Weise Aufstellung der Vertragsgruppen mit je vierjähriger Vertragsdauer wird als verfassungsmäßiger Zustand beiderseits anerkannt.

Die Verträge des Jahres 1914, von denen unter 1. die Rede ist, hätten, wenn nicht der Schiedsrichter anders bestimmte, am 15. November d. J. zum 15. Februar 1914 gekündigt werden können. Es können hierzu 32 Orte mit 7000 Arbeitern in Betracht, und zwar Altenburg, Angermünde, Augsburg, Baireuth, Dessau, Eisenberg, Gera, Göttingen, Greiz, Jena, Jochimsdorf, Kallerslautern, Königsdorf, Landsberg a. M., Lützen, Meiningen, Mühlhausen i. Thür., Naumburg, Naunau, Quedlinburg, Regensburg, Roldach, Suhl, Sömmerda, Sondershausen, Weimar, Zeitz, Zwickau, Zwickauer Neustadt.

Bevor der Schiedsrichter herantreten mußte der Vorstand des Holzarbeiterverbandes von der Unternehmerorganisation Garantien dafür verlangen, daß auch die Unternehmer aller Orte die Verpflichtung anerkennen, am 15. Februar die 2 Pf. Lohnerhöhung usw. zu bezahlen, andererseits die Arbeiter sich zu überlegen hatten, ob sie die Verträge kündigen wollten oder nicht. Die Zentralverbände beider Organisationen kamen überein, den beteiligten Ortsverbänden einen Nachtragvertrag zum Interzessit vorzulegen, in welchem die Anerkennung des Schiedsrichters in unabweisbarer Weise zum Ausdruck kommt. In den überaus meisten Orten sind diese Interzessiten bereits abgelesen worden, nur in einigen Orten müßten die Unternehmer sich an den festgelegten Bedingungen vorbeibrücken. Dem Vorstand des Unternehmerverbandes ist wiederholt von dieser Aufgabe Kenntnis gegeben worden mit dem deutlichen Hinweis auf die daraus resultierenden Konsequenzen. Es ist daher zu erwarten, daß sich die bis jetzt noch zurückbleibenden Unternehmer dem Interzessit ihrer Organisationen fügen werden. Im jedes Ortsverbandes auszusprechen, ist jetzt folgende Vereinbarung der Zentralverbände schriftlich festgelegt:

Nachdem die beiderseitigen Verbände dem Schiedsrichter des Frh. v. Berlepsch am 8. Februar 1913 ihre Zustimmung gegeben haben, sind sämtliche Bestimmungen derselben für die Arbeiter und Ortsverbände beider Organisationen als bindendes Recht zu betrachten. Es gilt demnach insbesondere, daß alle Verträge, die zwischen den beiderseitigen Ortsverbänden bis zum Jahre 1914 abgeschlossen waren, bis zum 15. Februar 1915 weiterlaufen, und daß allen Vertragsarbeitern dieser Orte am 15. Februar 1914 eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde resp. eine dementsprechende Erhöhung der bestehenden Akkordpreise und Akkordtarife zu gewähren ist.

Diese Bestimmungen haben für alle diese Orte genau so wie der übrige Inhalt der Verträge volle Rechtsverbindlichkeit und sind in gleicher Weise wie die Verträge selbst bindend zu betrachten. Die beiderseitigen Zentralverbände verpflichten sich gegenseitig, ihren Mitgliedern in allen Orten — auch soweit vorläufig die Interzessit der Nachträge noch nicht vorgelegen ist — die strikte Erfüllung der in dem Schiedsrichter festgelegten Bedingungen zur unabweislichen Verpflichtung zu machen.

Deswegen ersuchen die Verbände, welche die Nachträge noch nicht unterzeichnet und an die Verbände zurückgeschickt haben, werden nochmals aufgefordert, dies nunmehr unverzüglich nachzuholen.

Wein, den 8. November 1913.

Der für die Zentralverbände: ges. C. Korbach, ges. A. Neumann.

In gleichem Sinne hat der Vorstand des Holzverbandes in der neuesten Nummer der Nachrichten eine Bekanntmachung an die Unternehmer erlassen, in der unter Bezugnahme auf die statutarischen Bestimmungen und Generalverordnungen des Holzverbandes festgestellt wird: „Es kann hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß die Bestimmungen und Verpflichtungen an die Arbeiter, die in der Schiedsrichterentscheidung gebunden sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie ihr Einverständnis hiermit durch Namensunterzeichnung zum Ausdruck bringen oder nicht. Die Interzessit hat lediglich eine formale sanktionierende Bedeutung.“ Somit konnte die Frage der eventuellen Vertragskündigung in diesem Jahre auf sich beruhen bleiben. Die Arbeiter erhalten ohne weiteres am 15. Februar 1914 ihre 2 Pf. Lohnerhöhung, so daß also für nächstes Jahr keine Aktionen in der Holzindustrie zu erwarten sind.

Unternehmer als Terroristen und Streiber für die Welfen. In der Norddeutschen Affizine in Hamburg fand im Sommer d. J. ein Streik statt, der erfolglos abgebrochen werden mußte. Nach dem Streik nahm die Firma nur solche Arbeiter wieder an, die sich unter schriftlich verpflichteten, aus dem Verband der Fabrikarbeiter auszutreten. Demnach wurde den wiedererwählten Streikern die Mitgliedschaft in dem Streikverein zu einem Zeitpunkt ein nationaler Streikverein im Betriebe gegründet, dem die betriebs-

mitte. Schließlich wurde man ein Arbeiter, der damals die Beschäftigung aus dem Betrieb ausgetreten, eingezogen war (allerdings ohne die Pflicht, die eingezogene Verpflichtung einzubringen), entlassen, weil er es ablehnte, dem insoweit gegründeten Verein beizutreten. Solche Fälle sind in der letzten Zeit immer häufiger geworden und würden keinen Anlaß nehmen, öffentlich darauf hinzuweisen, wenn nicht die Firma die Beihilge befehlen hätte, dem Entlassenen folgendes Zeugnis auszustellen:

Dem bezeugen wir auf Wunsch, daß er vom 12. Oktober 1913 bis zum 15. Februar 1914 in einer sechsmonatlichen Auslieferung vom 28. Juni bis 30. Oktober 1913 bei uns beschäftigt war.

Zur Verbindung für seine Wiederbeschäftigung war ihm gemacht, daß er sich beim Nationalen Arbeiterverband als Mitglied des Nationalen Arbeiterverbandes anstellen lassen sollte. Da er diese Verbindung nicht erfüllt hat, wurde er am 30. Oktober 1913 entlassen. Im übrigen hat er seine Arbeiten selbständig und zu unserer vollen Zufriedenheit ausgeführt und sind auch sonst keine Klagen über ihn laut geworden.

Dieses Zeugnis, das der Arbeiter erhielt, weil er das ihm zuerst ausgestellt als unrichtig zurückwies (es enthielt die Angabe, der Arbeiter sei auf eigenen Wunsch entlassen), mit welcher Unkenntlichkeit die Firma den Arbeitern das Arbeitsrecht freigegeben hat. Es zeigt aber auch, mit welcher Willkür und aus welchen Gründen für die ganze Schichtgruppe der Mitglieder der Arbeiterpartei werden. Selbstverständlich ist trotzdem auch diese Firma überzeugt, daß Terrorismus nur von den freien Gewerkschaften geübt wird. Und der Nationalen Arbeiterverein, für den wir so unanständigem Willen Mitglieder „geworben“ werden, büßt sich nicht dem vollen Wert „des Terror“ schenken. Arbeiter, die „erfolgreich“ Selbstbestimmung „recht“ zurückgeben zu wollen.

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht.

Ein fürchterliches Familienbild entrollte die Verhandlung gegen den 47-jährigen Arbeiter Ludwig Mändel aus Hildesheim, der wegen verurteilter Brandstiftung und einiger Übertretungen, wie Tragen eines Revolvers ohne Waffenchein usw., angeklagt war. M. ist Vater eines Kindes, neigt sehr zum Alkohol und ist wegen Weibeseheerens bereits mit einem Jahre und zwei Wochen Gefängnis vorbestraft. Mit seiner Frau und besonders mit seiner Tochter und dem ältesten Sohne Walter ist er wegen Familienstreitigkeiten und angeblicher Prostitution der Kinder gefangen. Seine Tochter hat er das Recht seines Hauses verboten, weil sie angeblich die Mutter belog und viele gegen den Vater aufgereizt habe. Die Mutter soll es ebenfalls mit dem Sohne halten und bei Streitigkeiten sollen die drei gegen den Vater zusammengehalten haben. Er meint, mit seiner Frau und der 25 Jahre verheiratet ist, habe er sich gar nicht so leicht getrennt. Der Sohn hat er ebenfalls einverleumdete. Auch dem Sohne verbot er schließlich das Verreten seines Hauses; Vater mußte in einem Stalle schlafen. Mit dem Sohn und der Mutter zuweilen so stiefmütterlich behandelt worden sein, daß er sich in einem Stalle selbst eine Spielstube errichtete. Im Grunde genommen scheint aber der Mann die Kontinuität der traurigen Familienverhältnisse gewesen zu sein. Mändel war früher selbst Landwirt und sah gute Zeiten. Zuletzt arbeitete er in einer Ernte.

Er behandelte vor Gericht ein Geständnis ablegen zu wollen und erwiderte dann: Als er am Sonnabend, den 9. Aug. d. J., von der Arbeit heimkehrte, traf er seinen Vier und Sohn und nahm dann mit angetrunkenem Kopf die Mutter in den Arm und vorstellte, holte er sich von einer Freie noch mehr Schnaps, trank, legte sich auf das Sofa und schlief ein. Da will er plötzlich von Mutter und Sohn überfallen worden sein, wobei man ihm Schnapsflasche und Messer abnahm und verurteilte, ihm das Wortemomme zu erweisen. Der Angeklagte spricht die folgende Vermutung aus: Frau und Sohn wollten mich reizen, damit ich mich vergewaltigen sollte und mein Sohn mich dann niederschlagen und dann liegen konnte, er habe in Notwehr gehandelt. Was diesem Zufall lief er in den Stall, der dem Sohne sonst als Schlafraum diente, und legte diesen in Brand. Stroch und den gingen bald in Flammen auf; der Sohn entging der Gefahr, weil ihn die Mutter vorher gewarnert hatte, da der Angeklagte im Stalle zu schlafen. Der Angeklagte will nur beabsichtigt haben, den Schlafraum des Sohnes zu vernichten, um den Sohn zum Verlassen seines Grundstücks zu zwingen; er habe den Vater sich vor der Brandlegung überzeugt, daß der Sohn nicht im Stalle schlief. Der die Brandstiftung in Frage kommende erdickerende Umstand sollte aber feststellen helfen, da der Angeklagte ein Gebäude in Brand gesetzt habe, das in unmittelbarer Nähe des Wohnhauses des Angeklagten und für das Nachbargebäude gehalten wurde. Die Brandstiftung verurteilte größeres Unglück; der Stall brannte aber bis auf die Umfassungsmauern nieder. Nach der Brandstiftung ließ der Angeklagte, der sich dann wieder in Kneipen betrunken, am anderen Tage durch den Genannten festgenommen wurde. Als man ihn fragte, was er angereizt habe, meinte er, es sei noch viel zu wenig abgebrannt. Wenn er wieder herauskomme, dann müsse das Wohnhaus auch noch dran glauben. Bei seiner Verhaftung soll er äußert froh gewesen sein und gelungen haben. Bei einer früheren Strafthat hatte er einen Landwirt mit einem Schlagkettenschwert getötet. Einmal wurde er wegen der Ermordung seiner Frau und Tochter und vier. Die Schiedsrichter mußten. Weiglich ist ihm Schluß machte er durch der Tat die Bemerkung: „Er müsse im Blut schwimmen.“ Vor der Beweisaufnahme wurde aber auch dargestellt, daß der Angeklagte sich manchmal über seine Frau bitter beklagt habe. Sie habe ihm früh eine Kanne Wasser gefüllt und nicht immer, wie sie sich geäuert, Essen bereitet. Frau und Sohn madeten von ihrem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch.

Der Staatsanwalt beantragte das Schuldi. Die Geschworenen verurteilten den erdickerenden Umstand — das Gebäude habe zur Zeit zum Wohnen von Menschen gedient — fanden den Angeklagten in jeder der Brandstiftung unter Inbegriffung mitbringer Umstände schuldig. Beirrat wurde vier Jahre Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust und wegen Übertretung 10 Wk. Geldstrafe. — Das Urteil lautete dem Strafanzug gemäß mit der Begründung, daß der Angeklagte das sehr gegenwärtig gehandelt habe und durch seine Tat erhebliche Gefahren heraufbeschworen konnte.

(Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.)

Vornehme Herren - Ulster, -Anzüge, -Paletots, -Pelerinen, Hosen u. Knaben-Anzüge

kauft man auf bequeme Teilzahlung von wöchentlich 1 Mk. an bei Carl Klingler, Halle (Saale), Leipzigerstraße 11, I. Etage, Eingang Sandberg. Auch in Schuwaren für Herren, Damen und Kinder hält die Firma grosses Lager. Die Anzahlungen sind sehr klein. Alte Kunden der Firma brauchen nicht anzuzahlen.

Carl Klingler, eipzigerstr. 11, I. Etage, Eingang Sandberg.

Nicht im Laden, sondern nur I. Etage, Eingang Sandberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:hbz:3:1-171133730-1706752621913-11/fragment/page=0003

Die verhöhten Greife.

Für die Herabsetzung der Altersgrenze für Alters- und Invalidenrenten von 70 auf 65 Jahre, wie sie schon seit Jahren von Arbeiter-Organisationen als dringend notwendig gefordert wurde, hat das Reichsversicherungsamt ein eingehendes Feststellungsamt...

Diese statistische Mitteilung findet man in offiziellen Blättern. Warum ist es unmöglich, den Greisen unter 65 Jahren über 65 Jahre eine Rente zu gewähren? Sören wir darüber die offizielle Auskunft:

Die Altersversicherungsanstalten waren aufgestellt worden, ihre Zwecke für das Jahr 1912 nebenbei auch für zu bearbeiten, als wenn die Altersgrenze 65 Jahre betragen würde. Die Gesetzgebung der Renten war sehr verwickelt und bewegte sich zwischen 100 und 300 Prozent...

Wo es wunden zu viel Altersrentner werden! Das Zweite die Wünsche der bisherigen Anzahl von Greisen würde sich vielleicht einstellen, um eine Rente zu beantragen. Das einzige Beispiel, das dafür gegeben wird, das Berliner, sagt zwar etwas anderes...

Wo es wunden zu viel Altersrentner werden! Das Zweite die Wünsche der bisherigen Anzahl von Greisen würde sich vielleicht einstellen, um eine Rente zu beantragen. Das einzige Beispiel, das dafür gegeben wird, das Berliner, sagt zwar etwas anderes...

Nicht mehr zurückgehende Beiträge besteht die Anzahl: 882 000 M.

Mehr eingenommene Beiträge: 4 000 000 M.

Wo die Anzahl hatte mehr 4 882 000 M.

Was gab es dafür? Im Jahre 1912 wurden ausbezahlt: Witwenrente: 4 134 M.

Waisenrente: 45 160 M.

Witwengeld (einmalig): 14 045 M.

Waisenaussteuer (einmalig): 86 M.

Wo für 68 925 M. Reichsausgaben an Witwen und Waisen sind beinahe fünf Millionen Mark Mehrerlösmasse zu verzeichnen, also nachmalig so viel als ausgegeben wurde!

Man könnte man sich durchaus herausreden, daß das Jahr 1912 ein Anwartsjahr der neuen Regelungen war und deshalb nicht maßgebend sein kann. Nehmen wir deshalb den Durchschnitt für 1914 und vergleichen wir ihn mit den letzten Jahren der alten Beiträge. Da ist das Verhältnis folgendes:

Erlaubte Beitragsrücklage: 882 000 M.

Mehr eingenommene Beiträge 5 700 000 M.

Wo für die Anzahl mehr 6 582 000 M.

Dafür wird den Witwen und Waisen gegeben: Etat Witwenrente: 50 000 M.

Waisenrente: 240 000 M.

Witwengeld (einmalig): 40 000 M.

Waisenaussteuer (einmalig): 1 000 M.

Wo die Lage wird für die Beitragszahler immer ungünstiger. 1914 will man 381 000 M. für Witwen und Waisen ausbezahlen, aber 6 582 000 M. mehr einnehmen, es bleiben der Beiträge für 1914 und verglichen wir ihn mit den letzten Jahren der alten Beiträge. Da ist das Verhältnis folgendes:

Erlaubte Beitragsrücklage: 882 000 M.

Mehr eingenommene Beiträge 5 700 000 M.

Wo für die Anzahl mehr 6 582 000 M.

Dafür wird den Witwen und Waisen gegeben: Etat Witwenrente: 50 000 M.

er gab der jährliche Zuwachs zum 3000 Millionen Mark, seit 1908 aber schon 4688 Millionen Mark. Während angeblich die sozialen Renten immer drückender werden, die Industrie an den Rand des Zusammenbruchs führen, wächst das Vermögen der Besitzenden schneller und schneller. Die Fortsetzung der Einführung einer Arbeitslosenversicherung soll trotzdem, weil zu hohe Ansprüche an das Kapital gestellt, zurückgewiesen werden.

Einen anderen Maßstab dafür, ob die Kapitalisten noch die „Arbeit“ einer Arbeitslosenversicherung auf sich nehmen können, mögen die industriellen Profite geben, so weit sie in der Statistik der deutschen Aktiengesellschaften gut zugeteilt. Ein klares vollkommenes Bild gibt diese Statistik von den Geschäftsergebnissen und Gewinnen bekanntlich nicht. Soße Gewinnsummen kommen in den Lebensjahren nicht in Erscheinung, da sie durch verdeckte Anteile in die Taschen der Direktoren und Dividendenberechtigten fließen. Nach der Statistik ergibt sich:

Table with 4 columns: Jahr der Veröffentlichung, Reingewinn Millionen Mark, Dividende Millionen M., in Proz. 1907/08: 4578, 1280, 9,07; 1908/09: 4579, 1120, 7,88; 1909/10: 4507, 1287, 10,44; 1910/11: 4880, 1394, 11,83; 1911/12: 4713, 1470, 12,21, 8,39.

In den letzten Jahren ist die Durchschnittsbilanz beträchtlich gestiegen, obwohl die Industrie angeblich unter der Last der unauflöslich wachsenden sozialen Lasten und steigenden Löhne zusammenbrechen muß. Wer soll denn nun glauben, daß die Industrie nicht mehr rentabel sei, wenn von den über 1800 Millionen Mark Dividende 100 Millionen für eine Arbeitslosenversicherung Verwendung finden? Ein solch kleines Übermaß käme das Kapital wenig, aber es wäre ein Mittel, um aus ungeklärten Arbeiterfamilien Not, Elend und Verzweiflung, Vererbung der Gesundheit, Schwächung und vorzeitiges Sterben zu bannen. Nicht nur das! Eine ordentlich ausgestaute Arbeitslosenversicherung erspart den Gemeinden viele Millionen Mark Armenlasten, den Krankenkassen und den Invaliditätsversicherungen unberechenbare Ausgaben, die nun für Kranke und Invaliden erforderlich werden, die nur das Opfer andauernder Arbeitslosigkeit und Unterernährung sind. Gegenüber den wirklichen Verhältnissen, angesichts der raschen Vermögenszunahme, der steigenden Rentabilitätsziffern kann die Regierung den angegebenen Grund für ihr abendliches Verhalten nicht verteidigen. Die Ausrede von der zu schweren Last und der zu schwachen Industrie muß sie preisgeben. Nicht weil man nicht kann, sondern weil man nicht will, weil man die Arbeitslosigkeit als Mittel des Lohnwunders braucht, darum fröhlich, man sich gegen die Forderung der Arbeiterschaft.

Nur keine Arbeitslosenversicherung!

Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat in Hannover eine Arbeitslosenversicherungserklärung abgegeben, in der Dr. v. Stojentin über die Arbeitslosenversicherung referierte. Die Resolution schloß sich ihm darin an, daß von einer Arbeitslosigkeit als Gesamtergebnis in Deutschland „überhaupt nicht gesprochen werden könne“, und daß der Umfang „bereingelt“ auftretender Arbeitslosigkeit nicht entfernt so groß sei, wie man gemeinhin annehme. Eine Arbeitslosenversicherung ist nicht zu machen, weil der Nachweis unübersehbar Arbeitslosigkeit nicht in der erforderlichen Weise zu erbringen sei und somit die Grundlage fehle. Als Mittel zur Verabreichung der Arbeitslosigkeit wird empfohlen, der Landflucht zu steuern und der Zusammenballung der Arbeitermassen in den Städten einen Damm entgegenzusetzen (an dieser Forderung der Fesselung des Landproletariats an die Scholle erkennt man das Kartell der Profitstiller); wenn weiter verlangt wird, daß den Tendenzen zu willkürlicher Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch einen Teil der organisierten Arbeiterschaft entgegengetrieben werden soll, so möchte man die Schärfermacher nach Weisen für solche „Tendenzen“ fragen, wenn es nicht zu läppisch wäre, zu behaupten, daß die Gewerkschaften selbst auf Erhöhung ihrer Ausgaben für Arbeitslose hinarbeiten.

In der Resolution wird behauptet, daß eine Arbeitslosenversicherung die Steigerung der Produktion erheblich erschweren würde, weil diese eine Vermehrung der sozialpolitischen Lasten bedeuten würde — unter denen sich aber die Industrie und die Dividenden glänzend entwickeln haben. Das bisherige bayerische Arbeitslosenversicherungsgesetz, „mit Bedauern festgehalten“ und das Gesetz System als „Begründung der Gewerkschaften“ verdammt, obgleich es dort, wo es besteht, von antisozialistischen Gewerkschaften erprobt und eingeführt wurde! — Man beschloß, zu verlangen, daß den durch Unternehmensnotwendigkeiten vermittelten Arbeitern die gleichen Fortschrittsleistungen gewährt werden, wie bei partiellen Maßnahmen. Wenn man auch die Förderung des Sparwesens verlangt, so müßten erst die Löhne danach sein! Einzige die Förderung nach zweckmäßiger zeitlicher Verteilung der öffentlichen Arbeiten und nach Vermehrung der Arbeitslosigkeit nicht abgeteilt, aber bisher hat man nur gehört, daß die Kartelle Werke stilllegen!

Aus allem ergibt sich nur, daß man jeder Arbeitslosenversicherung spinnend ist.

Gewerkschaftliches.

Die Entwicklung des Inhaberverbundes Der Verband hatte im zweiten Quartal einen Zuwachs von 2806 neuen Mitgliedern, der fast ausschließlich aus dem Ruhrgebiet, durch Beitrittserklärungen der Ausgelassenen, kam. Der Verband zählt am 1. Juli 1913 10 047 Mitglieder. Bei einer Gesamtzahl von rund 78 000 im Gewerbe überhaupt beschließen ein sehr erhebliches Organisationsverhältnis. Die kritisch gelassen Untertugendübler müßten mit ihrer in Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammengelassenen Schar 8894 mutige Streiter, die durch lärmendes Auftreten in der Öffentlichkeit das erste mal, was ihnen an Ansehen und organisatorischer Kraft gebührt.

Rassensicherung in Dänemark. Das Rassistische Lebensversicherungsbank hat aus dem Dänemark. Der dänische Arbeiterverband hat gestern beschlossen, alle der Arbeiterorganisation angehörigen Arbeiter, die 1. nahezu alle ungelerten Arbeiter, mit dem heutigen Tage auszuweisen. Es handelt sich um etwa 25 000 Arbeiter. Es droht eine Entwertung fast von sämtlichen dänischen Industrie einseitig des Bauwerkes.

Der Dubliner Streik. Die Dubliner Unternehmer fahren fort, nichtorganisierte Arbeiter heranzuziehen, die unter polizeilicher Aufsicht aus den Arbeitsstätten geleitet werden. Geleitet wurde ein solcher Arbeitskräftekontingent von den abtrünnigen Streikenden mit Steinwürfen empfangen. Die Verhafteten trieben die Streikenden mit Knütteln auseinander. Der von der Bürgergarde in Dublin gewählte Friedensauschuss ist fortgesetzt, eine Einigung zwischen den Arbeitern und den Unternehmern herbeizuführen, ohne daß diese Bemühungen bisher Erfolg gehabt hätten. Der Lordmayor will nun in dieser Woche noch einmal versuchen, mit Vertretern des nationalen Transportarbeiterverbandes eine Basis für weitere Verhandlungen aufzutreten.

Rohrbewegung der amerikanischen Eisenbahnen. Das Schiedsamt hat den Schaffnern und Bahndienstleistungen von 41 Eisenbahnen eine Lebenserhaltungszahlung zugesagt. Das bedeutet für die Eisenbahnen eine jährliche Mehrausgabe von sechs Millionen Dollars. Die Bahndienstleistungen hatten ungefähr 15 Prozent Lohnherabsetzung verlangt.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 12. November 1913.

Der zweite Stadtverordneten-Wahltag.

Heute hat der zweite Tag wieder — wie immer — durch 5 Kronschleuren der Beamten das wieder vernichtet, was der erste Tag gutgemacht hatte. Die Gegner haben in der Altstadt unseren Vorprung von 114 Stimmen eingestrichelt und sind jetzt um 763 Stimmen voraus.

Das Ergebnis stellt sich gestern abend in den einzelnen Bezirken wie folgt dar:

Table with 6 columns: Bezirke, Wahlberechtigte, Sozial. Stimmen, Bürgerl. Stimmen, Sozial. Sitze, Bürgerl. Sitze. I. Ratzefer: 1680, 283, 235, 35; II. Wälder Schießgraben: 1615, 308, 228, 63; III. Junnershaus, Glauchberg: 1661, 573, 281, 74; IV. Schweitzerhaus: 1798, 574, 277, 110; V. Jonaquelle, Radenberg: 1655, 380, 350, 102; VI. Schulz, Verbergraben: 1719, 523, 216, 57; VII. Thomasschule, Streiber: 1911, 297, 531, 145; VIII. Kaiser-Wilhelms-Gasse: 1561, 206, 438, 122; IX. Kaiserhof, Weidberg: 1540, 146, 430, 89; X. Kaiserhof, Weidberg: 1567, 156, 425, 121; XI. Altendauerer, Deffauer: 1812, 167, 561, 168; XII. Augustinerbräu, Mittelstr.: 1253, 195, 205, 45; XIII. Thalia-Säle, Weidstr.: 1702, 238, 328, 83; XIV. Kaiserhof, Weidstr.: 1898, 193, 557, 187.

Worte: XV. Zum Wälder, Burgstr.: 2827, 785, 946; XVI. Saalklosterbräuerei: 2834, 782, 282.

* Die für Spritze abgegebenen Stimmen sind in der bürgerlichen Spalte mit enthalten.

Insgesamt haben demnach Stimmen erhalten: Sozialdemokraten 4289, Bürgerliche 3032 (davon Spritze 1401).

Die Nationalen haben ihren Schleppepparat eigener Art also wieder energisch spielen lassen. Sie brauchen einen Beamten nach dem anderen, als wenn sie alle mit einem unflüchtbaren Boden betraugelt werden, an den Wahlzettel. An anderen Tagen wurden die staatlichen Arbeiter und die Weiden herbeigezerrt. Und — sonderbar, höchst sonderbar — alle, alle waren ein in einem. Sie wählten alle gut bürgerlich. Daß sie das so einmütig aus Überzeugung taten, werden selbst die lauesten Bürgerdeiner und nicht weis machen wollen. So manchen Unterbeamten und staatlichen Arbeiter sah man es an, wie schwer es ihm wurde, entgegen seiner guten Überzeugung, für die Gegner stimmen zu müssen! Aber die Angst um die Stellung, um den Brotverdienst ist zu groß!

Diese Angstmethode genügt aber den Gegnern noch nicht; sie fügen ihr noch den höflichen Wahlschein hinzu. Um die Wähler aufzufressen, haben sich gestern sowohl die Sozialregierung wie der Generalangeiger in ihren Redungen über das Abstimmungsergebnis um rund 1000 Stimmen — verrechnet. Die Sozialregierung wollte ihre Wähler dadurch aufreizen, daß die Sozialdemokratie angeblich am Mittwoch des zweiten Wahltages noch einen großen Vorprung hat. Da nun ein solcher Vorprung nicht vorhanden war, wurde er erscheinlich, indem man led und munter vor die Ziffer 414, die sich als Resultat im Bürgeramtssens für uns ergab, eine einzige Ziffer, nämlich eine 1, setzte. So hell sich das Ergebnis der sozialdemokratischen Stimmen im Bürgeramtssens auf 1414, und nachdem so mit Elongir unsere Gesamtsumme jetzt gehörig übergegraben war, konnte die Sozialregierung den und das Bürgeramt „Begeisterung“ zum Kampf gegen den vorbringenden roten Dämonen auftragen — Eine „feine“ Methode.

Und ähnlich verfuhr der Generalangeiger. Er hatte in seinem gefrigen Ertraktat aus einer 8 eine 4 gemacht und auf diese einfache Schwindelei es so dargestellt, als wenn Wähler den Sozialdemokraten nicht auf den Herzen sei, während sein bürgerlicher Konkurrent Spritze ganz ausföhllos darbrähe. Dadurch sollten die noch nicht angestrichelten Wähler, die schließlich für Spritze gestimmt hätten, für Döbler als den Kaufstücken empfangen werden.

Solche Tricks müßten herhalten, um eine Wahl, die schon durch das starke Desinteresse der wahlfähigen öffentlichen Stimmung abgibt und die schändliche Dreieckigkeit gründlich verurteilt ist, noch weiter zu fälschen. Warten wir ab, was der heutige Tag dieser lieblichen Döbler noch können bringt.

Wähler der 2. Abteilung.

Die Parteigenossen, die Wähler der zweiten Abteilung sind, werden aufgeführt bei der am Freitag von 10 bis 6 Uhr stattfindenden Wahl, sowohl in der Altstadt, wie in den Bezirken die Stimmen für die Gewissen Arbeit und Fernig abgegeben. In der Altstadt wird in den Wahlzettel und der Kaiser Wilhelmstraße, in den Bezirken in der Saalklosterbräuerei gewählt.

Beib.
teiler
und
Zug
nach
Sinn
(L)
vom
Bera.)
Ihr
Aben
Bes

Haber
Galle:
blen
leine
einer
müde
blen-
ange-
lilit;
nach
o be-
g für
Vore-
zen
bat
er
die
en;
den; in
an

estern
ältere
verqu-
e omite.
Ein
a Zu-
macht
t und
iffen-

wurde
fonate
sichen
teum-
Durch
s 30
in
großes
Bange
wintel
aufge-
o oder
e Ch-
eben-
st die

Gaulle
brauch-
hoch,
eiche
sch
ch
e Stri-
enge-
einem
tenom-
in
Als
fand
all
ber

immer-
Berlin
leben
schles-
el des
t. Es
preis-
kleinen
stipendi-
zungs-
Goms-
stalten
-Kaus-
A. C.

feld.
salber-
Witers-
Galle
t. I.
er
ng der
in der
uerbe-
-Bem-
ometer
Guts-
stlich
Witzes
er auf
Doch-
delent-
es die
den;
o be-
t. Zur-
zeit
otoren,
mit an-
ephele.
Eichen.
den.
rd ein
durch
3078,88
Beginn
t aus-
dumng
stigen
nen in
t. Die
Berfuß

Heiner Witsch die Generalversammlung für Freitag ab 8
1. Sonntag die Beobachtung der monatlichen Zählerwerte von
50 auf 20 Wfr. ab 1. Januar 1914. Die Bestimmung, daß bei
Anhaltungen durch Unbefugte Stromentzüge erfolgen muß,
wird gemindert und dem Vorstand anheimgegeben, solche
Anhaltungen nach Vertretung ihrer erbumwogenen
Anführung gegen eine besondere Abgabe anzuführen.
Stimm. Die diesjährige Kammerwahl-Ausstellung des
2. Bezirks der Provinz Sachsen findet am Sonntag, den 23. Nov.,
hierbei in Belzig Gesellschaftsraum statt.
Ammenberg. Die verlängerte Straßstraße, die
Niederbischen Montanwerke bebaut, soll vom Bahnhofsberge
bis zur Grube von der Dombi in 1 Kilometer Länge ausgebaut
werden. Für den Bahndamm ist eine Breite von 6 Metern vor-
geschrieben. Die Arbeiten sind der Firma Wilhelm Springer über-
tragen worden.

Röhrlein. Was ein Erschlaffter betreiben muß,
um der "Ehre" teilhaftig werden zu können, die Geldbedürftige
auf dem Markte vertreten zu dürfen, enthält mit brutaler
Offenheit dies Inserat in der letzten Fußballzeitung:
Erläuterung!
In dieser Stadt ist das Gerücht verbreitet worden, ich sei
für die Abbruch des sogenannten alten Schul-
hauses und für den Bau eines neuen Schule.
An diesem Gerücht, das in durchdringlicher Weise besonders
unter den Wählern der 1. Klasse verbreitet worden ist, ist kein
wahrer Wert.
Den Verbreiter kann ich nur als einen gewissenlosen
Lügner bezeichnen.
Der M. Witsch, Steinbruchbesitzer.
Diese Erklärung kam gerade noch zur rechten Zeit an die
Öffentlichkeit. Durch sie ist den Arbeitern mit aller nur
möglichen Deutlichkeit zu Gemüte geführt worden,
was für sie deren Kinder in dem alten, vollkommen ungenü-
genden Schulhaus unterrichtet werden, auf dem Spiel steht bei
der Stadtverordnetenwahl. Eine feine Wahlparole,
als sie die Erklärung des Erschlafften Herrn Witsch ergab -
gegen den schuldigen Einfluss der ersten
Klasse! - konnte die Sozialdemokratie allerdings nicht be-
kommen!

Theater und Musik.

104. Rhythmisches Konzert. Professor Winderstein
hatte seinem geliebten Konzert ein einheitliches Programm
angegründet. Die V-Dur-Sonate von Johannes Brahms,
die sonntags unter ihren Schwestern, wurde in den Klängen
stimmvoll gespielt. Die Mittelstücke waren langsam weniger be-
friedigend. Das freudig leise gearbeitete Menuet von Chopin
kürzte gewaltig zusammengehalten werden können. Dage-
gen wurde die zweite Klavier-Sonate von G. Witsch mit
reinem Temperament und Klangerlebnis gespielt. An Stelle
des erkrankten Rudolf Weinmann spielte der tüchtige Konzert-
meister des Winderstein-Orchesters, S. Schachleder, die
beiden Beethoven'schen Violin-Konzerte mit angenehmen,
weichen Ton, gutem Stilgefühl und erfreulicher Schärfe
im Vortrag. Paul Schmedes bewies in Beethoven's Ode
seine außerordentlich vornehme stimmliche Kultur und die
Sicherheit, mit der er den Stil dieses sehr schwierigen Liebes-
traf, beriet den gründlich gebildeten Witsch. Als solcher
sang er auch die sehr interessanten Gledenscher von Schil-
lings, die ursprüngliche Musik atmen und in der Instrumen-
tation äußerst geliebt gearbeitet sind. Man könnte sich
denken, daß ein Sänger durch größeren Klang blendet, man
wird aber kaum einen finden, der dem reichen gedanklichen
Gehalt dieser Gesänge so sorgfältig nachgeht und ihn mit
seinen stimmlichen Mitteln so groß und vornehm stimmlich
gestaltet.

Robert Kothe zur Raute: Deutsche Volkslieder und Balladen.
Die Raute hatte im 15. bis 17. Jahrhundert eine ungewöh-
liche Verbreitung und spielte im Volksleben eine unermesslich
heute vergessene Rolle. Das Buchlein der Instrumental-
musik, welches Kothe in diesem Buchlein, enthält die letzten
Jahren wird die alte Volksmusik wieder lebendig. Man wird
denen, die mit lebhafter Freude begehren, denn es wird
und da eine echte Hausmusik gegeben, schlicht, vollständig und
zu Herzen gehend. Den Kontrast wird sich die Raute nicht
erwähnen, dazu fehlen für die Klänge des Volks- und Volks-
liedens, die das moderne Konzertpublikum braucht. Ihr Wert
liegt in der Intimität und es war denn auch, als habe sich
ein großer Bekanntheitskreis vorerstern eingeschunden, um einen

allen Freund zu hören. Robert Kothe's vornehm einfache und
ausdrucksvolle Vortragweise wird jeden Hörer erfreuen.
Dabei hat er außerst seine Ziele, besonders die Marien-
legenden, auf dem Programm, die einen ganz eignen Reiz be-
sitzen.

Stadtverordnetenwahl.

Am heute mittag 1 Uhr wurden in der dritten Abteilung
folgende Stimmen abgegeben:

Bezirk	Wahl- berechtigte	Sozial- stimmen	Bürger- stimmen	Stimmen für Spröde*
I. Ratskeller	1690	338	310	48
II. Ratskeller	1615	359	285	71
III. Junungsbaus, Glauchersf.	1661	623	283	88
IV. Schweitzerhaus	1793	651	329	120
V. Jonsaus, Rabenbergf.	1655	431	428	115
VI. Schulze, Merseburgerf.	1719	580	284	68
VII. Thomashaus, Seebachf.	1911	341	680	170
VIII. Ratskeller, Seebachf.	1561	294	500	132
IX. Witscherhof, Seebachf.	1540	165	541	127
X. Witscherhof, Seebachf.	1597	182	559	159
XI. Witscherhof, Seebachf.	1812	195	686	190
XII. Augustinerbräu, Mittelstr.	1253	235	281	52
XIII. Thalia-Säle, Weistf.	1702	321	394	90
XIV. Kaiserhof, Weistf.	1893	227	680	207
Vororte:				
XV. Jun Mohr, Burgstr.	2327	801	417	-
XVI. Saalfeldstr.	2334	788	290	-

* Die für Spröde abgegebenen Stimmen sind in der bürgerlichen
Stimmzettel mit enthalten.
Insgesamt haben demnach Stimmen erhalten:
Sozialdemokraten 4877,
Bürgerliche 6180 (davon Spröde 1265).

Merlet.

Schneestürme in Amerika.
Die stürmischen Staaten von Nordamerika sind von heftigen
Schneestürmen heimgesucht worden. Vom Mississippi bis zum
Atlantischen Ozean sind die Telegraphenleitungen zerstört und
der Bahnverkehr vielfach unterbrochen.
Schwere Stürme herrschen im Golf von St. Lorenz. Es wird
befürchtet, daß der Kohlendampf-Verdichter, von dem man
seit neun Tagen nichts gehört hat, gesunken ist. Alle Schiffe,
die nach Montreal gehen, haben Verspätung. Es sind 60 bis
100 Menschenleben zu beklagen. Der Sachschaden ist überaus
groß. Mehrere Schiffe werden vermisst. Der Frachtdampfer
Saugoo geriet in der Nähe von Port Huron auf Grund. Die
Besatzung von 18 Mann soll umgekommen sein.

Die Bekie im Menschen.
In Berlin erkrankte der 37jährige russische Bodegen
in seiner Wohnung die mit ihm zusammenlebende 40jährige
Frau Witsch und deren dreijährige Tochter. Die 10-jährige
Tochter der Frau wurde lebensgefährlich verletzt. Der Vater
ist entsetzt. Als die 19jährige Tochter der Frau Witsch
den Abend nach Hause kam, entdeckte sie im Bett zugebittelt
die Leichen ihrer Mutter und der dreijährigen Schwester, während
die andere Schwester noch lebend neben ihr lag. Der
Mord soll meist nicht gearbeitet worden sein, sondern der Frau
haben erdrückt lassen, die er trotzdem, ebenso wie die Kinder,
auch tobt sie handelte.

Eine unerhörte Tat verübte in Hieslau (Wahren) der
Hilfsarbeiter Georg Galt. Er war mit der Tochter eines Wert-

meisters verlobt; das Mädchen löste aber das Verlöbniß. Um
sich dafür zu rächen, tötete er in der Nacht zu gefahren das
Mädchen des Verlobten in Brand. Während sich die Eltern
und zwei Brüder noch rechtzeitig retten konnten, sind zwei
Söhne im Alter von 21 und 11 Jahren in den Flammen
gesunken. Gest hat die Mordtat ergreifen, und man glaubt,
daß er Selbstmord verübt hat.

Kapitalistische Moral.

Daß die kapitalistische Breise keine andere Moral kennt
als die des Geldes, daß sie auf die öffentliche Meinung for-
umpumpert wird, daß hat vor fünfzig Jahren schon Friedrich
Engels mit trefflichen Worten dargelegt. Seitdem ist diese Breise
eher schlimmer als besser geworden, und fast jeder Tag bringt
neue Beweise für diese Tatsache. Einen sehr interessanten Beitrag
zu diesem schmerzlichen Kapitel hat jetzt wieder der Hannover'sche
Courier, ein nationalliberales Blatt geliefert. Es schreibt

der Hannover. Courier in Nr. 30794 vom 23. Oktober:
"Wegud - Wegud!"
Der Illiger Wegud hat ein
selbes Abkommen getroffen, wo-
nach er sich verpflichtet, am
Sonntag und Sonntag in
Johannisthal mehrere Minge
anzuführen. Als Gage erhält
er für einen Ring 3000 und
für zwei Ringe 5000 M.
"Wer soll die Gage? Aber
gleichwohl... es ist uner-
höht, daß in Deutschland in
den gegenwärtigen Zeiten für
die Arbeiter die Gage ein-
seitig zu bestimmen versucht
werden. Sonntag, 2. Novem-
ber, und Sonntag, 2. Novem-
ber, nachmittags 3 Uhr, auf der
Grube - Hembahn auf der
Großen Wall unter allen Um-
ständen und bei jedem Wetter
jeder Minge zu unternehmen.
Wegud, über dessen Leistungen
unser Vater ja ausführlich Be-
richt erhalten haben, bekommt
für seine Minge ein Honorar
von 60000 Mark.

Kleines Merlet. Durch die Explosion eines
Sprengschusses wurden auf der Gewerkschaft Rhein bei
Duisburg drei Arbeiter getötet und zwei schwer ver-
letzt. - Eine Unabendsland-Stube.
Wegen Vergehens gegen den § 175 wurde in Jülich an der Delis-
Inferbahn Erich Wegud, eine Stube der nationalen
Jugend zuwage, verurteilt. Wegud verurteilte die "schrit-
liche Jugend" regelmäßig in seiner Wohnung. Als er
gründete leute befragte er die freie Jugendbewegung vor-
nehmlich vom sittlichen und moralischen Standpunkt aus.
Dazu war Wegud sicherlich der geeignetste Mann.
Wegen Vergehens gegen § 175 wurde in Jülich an der Delis-
Inferbahn Erich Wegud, eine Stube der nationalen
Jugend zuwage, verurteilt. Wegud verurteilte die "schrit-
liche Jugend" regelmäßig in seiner Wohnung. Als er
gründete leute befragte er die freie Jugendbewegung vor-
nehmlich vom sittlichen und moralischen Standpunkt aus.
Dazu war Wegud sicherlich der geeignetste Mann.

**Die Abzählungen sind sehr
bequem eingeschaltet und beträgt
die Wochenrate nur 1 Mark**

Paul u. Max Driethen
Zigaretten
Zigarren
Tabak 4601
Wormlitzerstr. 109, Merseburgerstr. 40.

Stahlwaren und Lederwaren
kaufen Sie gut u. billig im
Engros-Geschäft u. Versandhaus
Magdeburgerstrasse 56 p., rechts
Kontor

Ständesamtliche Nachrichten.
Galle-Süd (Steinweg 2), 11. Nov.
Aufgehoben: Arbeiter Hilpert
und Marie Schulze (Gr. Schloß-
gasse 1), Kaufmann Wiers und
B. Gertruda (Halle u. Querfurt),
Fischermeister Erig u. M. Scharie
(Kassel und Weitzrode), Ber-
gwerksarbeiter Hermann u. R. Rausch
(Halle u. Reichartswerben), Post-
schaffner W. Witsch u. E. Witzke
(Halle u. Bad Sachsa), Schmal-
meister Gebel und B. Buchardt
(Weitzrode u. Halle), Ge-
schäftsführer Witsch u. E. Kühne
(Galle und Weitzrode).
Geschäftsbau: Kaufm. Witscher
u. Marie Gebke (Weitzrode und
Bertramstr. 3).
Gestorben: Arbeiter Marx S.
Weitzrode (Bertramstr. 2), Arbeiter
Welle S. (Thomasthalstr. 45),
Fischer Heunige S. (Weitzrode-
str. 104), Kaufm. Hilbert
(Antberg 5), Arbeit. Schneider
(Weitzrode), Kaufmann
Witscher (Weitzrode), Kaufmann
Burendauer Diener S. (Raben-
bergstr. 50), Schlosser Witsch
(Thomasthalstr. 48), Arbeiter
Siebert S. (Weitzrode 13).
Gestorben: Arbeiter Kurt S.,
2 Monate (Gallebergstr. 4),
Schmieders Riemer S., 1 Monat
(Galleberg 22), Mühlenscheiter
Maul, 66 J. (Leubensstr. 4),
Bürgerliche Franke aus Jörbig
22 J. (Bergmannstr.).

Ulster
Paletots
Anzüge
nur das Neueste
auf
Teilzahlung
Eichmann & Co.
Grüßtes Kredithaus in Halle (S.).
Grosse Ulrichstrasse 51,
Eingang Schulstrasse.
4756

Wir dürfen uns nicht in das Versehen, was stift und trübe ist. Vorwärts! Das ist die große Parole des Lebens.

Geppi Hubers Reise in die Großstadt.

Humoristische Erzählung von Dr. Mühlhoff.

Nachdruck verboten.

Als er paar Tagen war der Geppi in der Stadt gewesen. Er seine Geschäfte erledigt hatte und eben überlegte, ob er gleich heimfahren, oder erst noch im Biergarten eine Weile sitzen solle. In der Hand war er ein großes Paket: 'Unterhaltungs-Beilage'.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schallier.

Auf der Straße ging der lange Viehhändler vorüber. Er grünte vernünftig zu Dagmar hinein. Dagmar lächelte zurück und nicht Sie? Spinnst du denn geklopft zu Carlsein.

neugierig gewartet, was da wohl herankommen würde, aber das Interesse hatte noch keine feine Bunte, an die es sich hätte anschließen können. Das Hotel war vorläufig nur ein Platz, aus dem Interesse war infolge dessen nicht erwacht geblieben.

Eltern als Erzieher.

In der schwärzlichen Zeitkritik für Jugenderziehung ergößt ein mit Vera zeichnender Autor folgende erschütternde Geschichte:

(Schluß folgt).

(Fortsetzung folgt).

Vertical text on the left edge containing numbers and small text fragments.

Der Anabe: „Du tu's nicht mehr!“
 Präsident: „So nun noch etwas. Der Lehrer sagt: Du nimmst den Kindern Tugenden weg. Du werden überall gesucht, und nach drei, vier Tagen bringst Du sie wieder zurück. Wo tust Du die Tugenden hin?“
 Der Anabe: „Ich verstehe sie daheim!“
 Präsident: „Warum tust Du das?“
 Der Anabe: „Weil es lustig ist, wenn alle suchen.“
 Präsident: „Um, eine eigentümliche Freude, die aber streng bestraft wird. Du launst abtreten dort ins Nebenzimmer, bis ich dich rufe. Was sagen Sie, meine Herren, wie wollen wir den verdorbenen Jungen strafen?“
 Verschiedene Stimmen: „Prügel, Arrest, Nachhaken der gefälligen Stunden.“
 Die hinter der Mauer des Anabens, der zufällig auch im Schulters sitzt, sagt:
 „Meine Herren, ein Wort. Wollen wir nicht lieber den Vater strafen als den Sohn?“
 Allgemeine Verwunderung.
 Präsident: „Bitte, erklären Sie, Herr Doktor, den sonderbaren Wunsch.“
 Doktor: „So hören Sie, meine Herren. Ich wohne gleich nebenan, wo der kleine Zimmer weint und habe mir oftmals Gedanken über die Erziehung des Kleinen gemacht. Im Garten hat der Vater oft mit dem Kleinen Ball gespielt, Arnold war damals drei bis vier Jahre alt. Auf einmal ein lautes Geschrei des Anabens, der Ball ist fort! Der kleine lacht und lacht. Der Vater kocht dabei, nach ungefähr fünf Minuten nimmt er den Ball aus seiner Tasche: „Siehst Du, nun haben wir ihn wieder gefunden.“ Der Anabe juchend: „Vater, Du hast ihn geholt, drum hab' ich ihn nicht gefunden.“ Kleine Frau hat oft beobachtet, wie Arnold es mit unferen Kindern genau so machte. Der Vater hat ihn auch gefehlt, wie man schnell Kinder vom Tisch nehmen kann, ohne daß es Mama sieht. Der Anabe soll darin eine große Fertigkeit haben. Einmal ließ der Anabe lange Zeit an der Erde bei meinem Garten. Ich hab' ihn beobachtet. Er erwartet etwas, denn' ich bei mir. Ich frag' ihn: „Warum siehst Du so lang hinein?“ „Ich muß auf den Herrn warten, den Meinenden mit dem schwarzen Keffert. Dann muß ich ihm sagen: Der Vater ist nicht daheim, er ist zu einer Beerdigung nach Jülich.“ „So, wer ist denn in Jülich gestorben?“ „Niemand, aber der Meisende darf halt nicht kommen, der Vater hat jetzt kein Geld.“
 Ja, und der Vater hat gesagt, wenn ich's gut mache, dann gibt er mir 30 Pfennig. Jetzt kommt er, das ist er. Sieh, Herr Doktor.“ Ich hab' schon damals den Anaben beobachtet, daß man ihn so erzieht! Und im Geschäft, in dem der Vater arbeitet, hat der Anabe ihn schon oft mit Arbeitstücken beschuldigen müssen, während dem Vater nur die Arbeitstücker fehlte. Was Wunder, wenn der aufgeweckte Anabe die gleichen Manipulationen macht. Nach meiner Ansicht gehört die Strafe dem Vater.“
 Dem Anaben wird das Ungehörige seiner Handlungsweise erklärt, und er wird gewarnt, je wieder so zu machen.

Der Vater erhält ein Schreiben, das ihm nicht gefällt. Zu Mutter erhält der Anabe Prügel, weil er die Wahrheit gestand. Ist das nicht grauam?

Kleines Feuilleton

Alkohol — ein Lebensverfälscher.
 Weit verbreitet ist noch immer die Ansicht, daß Alkohol in kleinen Gaben genossen unschädlich sei. Wohl anerkannt man, daß auch schon geringe Mengen des böhlichen Giftes für kurze Zeit eine Verarmung des Blutes hervorzurufen können. Aber, so sagt man zum Troste der Wäsgen, der Alkohol wird schnell im Körper zerlegt und wieder ausgeschieden, die Nierentätigkeit damit befristet. Auf Grund solcher Überzeugung kann man sich hin und wieder anmaßt für die eigene Gesundheit und ohne Schaden für das Wohl der Nachkommen leicht spirituelle Getränke genießen zu dürfen.
 Auf die Dauer aber verdrängt kein Organismus ohne empfindliche Schädigung die Zufuhr aus nur ganz winziger Dosis Alkohol. Das beweisen zum Beispiel die Statistiken verschiedener qualitativer Lebenserwartungstafeln auf Gegenfälligkeit, welche Temperaler (Wäsgen) und böhlig Abstinente in besonderen Abteilungen verzeichnen. Seit fast zwei Menschenaltern zeigt es sich nun, daß in der Abteilung der Temperaler 98 Prozent, dagegen in der Abteilung der Abstinente aber nur 70 Prozent der nach den aufgestellten Lebenserwartungstafeln zu erwartenden Todesfälle eintraten. Die Abstinente leben also erheblich viel länger als die mäßig Alkohol Genießenden, haben daher einen viel größeren Anteil an den Dividenden und bezahlen daher auch weniger Steuern.
 Kranfheitsfälle, die Wäsgen, und solche Kräfte, die nur Abstinente verzeichnen, wissen ähnliche Erfahrungen zu bestätigen. Die Kranfheitsfälle für Temperaler haben durchschnittlich 150-200 Prozent mehr Kranfheitsfälle ihrer Verursacher aufzuweisen, als die Kräfte für Abstinente.
 Auch durch Tierexperimente ist zweifellos nachgewiesen worden, daß selbst der regelmäßige Genuß von Alkohol in überlegenen Mengen, die Lebensdauer der Tiere und auch ihrer Nachkommen sehr herabsetzt. Dr. Laitinen in Helsinki experimentierte an rund 600 Säugtieren in der Art, daß er ihnen täglich pro Kilogramm ihres Körpergewichtes 0,1 Kubikzentimeter Alkohol zuführte. Nur einen Menschen von 70 Kilogramm Körpergewicht würde das dem täglichen Genuß von 7 Kubikzentimeter Alkohol oder von nicht ganz 1/2 Liter Bier von 3 Prozent Alkoholgehalt entsprechen. Eine genau so unbedeutende Menge, daß man Leute, die nicht mehr trinken, fast für Totalabstinente ansieht.
 Dr. Laitinen unterrichtete nun den Gesundheitszustand der mit Alkohol behandelten Tiere und ihrer Nachkommen und verzeichnete mit dem von Tieren die nur Wasser bekamen. Nach etwa 8 Wochen bekamen die Alkoholtrinker die Diphtherie eine sehr viel geringere Widerstandskraft als die mit Wasser getränkten.
 Von den Jungen der mit Alkohol behandelten Kanarienvögel starben 61,8 Prozent und blieben 38,7 Prozent am Leben. Von der Nachkommenzahl der nicht alkoholtrinkenden Kanarienvögel starben nur 29 Prozent, während 47,7 Prozent leben blieben.
 Von Meereshunden, denen Alkohol zugeführt wurde, starben 98,8 Prozent, während 63,2 Prozent fortlebten; von

Meereshunden, die nur Wasser bekamen.
 21,7 Prozent ein, während 78,3 Prozent.
 Ferner ermittelte Dr. Laitinen, daß bei seit des Blutes bei allen den genannten, 4 belien Säugtieren eine ganz erhebliche Einbuße.
 Man könnte nun einwenden, daß es sich bei Experimenten nur um Säuglinge gehandelt hat. Menschen aber stellen keine Säuglinge dar. Die menschliche Schöpfung aber ist sehr feinfühlig worden, daß auch schon die kleinsten Dosen Alkohol die Gesundheit verlechtern, weiter, daß Alkohol auf Säuglinge stärker benutzend wirkt als entsprechende Quantitäten Menschen. Aber diesen kann man schon bei der Art. Hierher enthaltene Alkohol-Schreibungen hervorzuheben, wie Krepelin und Ritter bemerken haben. Und deshalb sind Dr. Laitinen Beobachtungen an schwach alkoholisierten Säugtieren höchstwahrscheinlich auch für Menschen aufzufassen.
 So beschäftigt eine Untersuchung und Erfahrung nach der anderen die beachtliche Wirkung des Alkoholgenusses, auch des nur ganz mäßigen. Nur gänzliche Enthaltung, Totalabstinenz, kann uns davon bewahren.

Heißfärbung und kindliches Krampffieber.
 Es ist als feststehend zu erachten, daß ein reichlicher Alkoholkonsum im Kindesalter mittelstens überflüssig ist, ja direkt schädlich wirken kann. Auf Grund ähnlicher Erfahrung läßt sich der Satz aufstellen, daß während der Heißfärbung und des nervösen Krampffiebers im Kindesalter ein gewisser unzulässiger Zusammenhang bestehen kann. Zur Klärung dieser Tatsache untersuchte Dr. Hertze in St. Petersburg die Nerven der Kinder, die mit Heißfärbung geküsst worden waren, mit dem elektrischen Strom. Es wurden Kinder zu diesen Untersuchungen ausgewählt, die an Scherrie, Epilepsie und Weitsinn litten, namentlich eingehend wurden die Untersuchungen bei Kindern angestellt, die an Weitsinn litten; es kamen im ganzen 9 Kinder zur Untersuchung. Auf Wunsch derselben folgte Dr. Hertze, daß die Heißfärbung bedingungslos die Erregbarkeit des Nervenmittels steigert und zwar das schwarze Fleisch stärker als das weiße von Substanz und Halb. Diese erregende Wirkung des Fleisches war am stärksten bei den Kindern mit Weitsinn auszusprechen, weniger stark bei den Kindern mit anderen Krampfformen.

Mission.

Wie der Wind durch die Bäume sauft
 Und ihre Kronen schüttelt,
 So ist's mir durch die Seele geblauft
 Und hat mich aufgerüttelt.
 Das hohe Wort, das ein Gott uns sprach:
 Ningen müßt ihr und heißen
 Und bis zum letzten Erdentag
 Nicht ruhen und nicht kaffen.
 Bis aus des Daseins unwürdiger Beere
 Die Menschheit aufsteigt, die neu, die hehret!
 W. Solzamer.

Sozialdemokratie und Kirche.

Der religiöse Eid.

„Sie können denken, was sie wollen.“
 Die sozialdemokratische Forderung auf Beseitigung der religiösen Eidesform hat dieser Tage durch ein aufsehenerregendes Vorkommnis eine neue wirkungsvolle Stütze gefunden. In dem Prozeß wegen Erdbeulung des Kaufmanns von Schönfeld in Potsdam kam es bei der Vernehmung eines Zeugen zu folgendem Zwischenfall:
 Als der Vorsitzende ihn aufforderte, den Eid nachzusprechen, erklärte der Zeuge mit großer Entschiedenheit: Ich kann nicht zu Gott schwören, weil ich nicht an einen Gott glaube.
 Vorl.: Sie müssen den Eid sprechen. Sie können sich denken, was Sie wollen.
 Zeuge: Nein, ich kann nicht zu Gott schwören.
 Vorl.: Sie müssen die Wahrheit sagen, daß Sie bei Vermeidung der Zuchthausstrafe die Wahrheit sagen, aber die Worte müssen Sie nachsprechen, das ist Vorschrift.
 Zeuge: Nein, das kann ich nicht, ich schwöre nicht bei Gott dem Allmächtigen.
 Vorl.: Machen Sie sich keine Unannehmlichkeiten, Sie müssen die Worte nachsprechen.
 Zeuge: Dann will ich die Worte nachsprechen, aber ich will mir dabei denken, daß ich auch die Wahrheit sage, auch wenn ich nicht an Gott glaube.
 Vorl.: Das können Sie tun.
 Der Zeuge leistet darauf den Eid.
 Dieser Vorgang gibt dem orthodoxen Rechtsboden Anlaß zu einer Betrachtung, in der er heißt:

heute noch mander orthodoxe Extremist tut — der vorgeprochenen Eidesform aus eigener Glaubensstärke hinzu: „So wahr mir Gott helfe durch Jesum Christum unsern Herrn.“ Und doch mußte sich der fromme Hofprediger, trotz dieses Aufjages, dem Gericht die Ableistung eines fahrlässigen Falschbenedigens gefallen lassen!
 Es ist höchste Zeit, dem Bahn entgegenzutreten, als ob nur der kirchliche Eidgenosse auf Furcht vor seinem Gott soviel Ehrlichkeit aufbringe, als Zeuge vor Gericht seinen Meineid zu leisten.

Glaubensbekenntnis und Verbrechen.

Das Preussische Statistische Landesamt hat jetzt eine Auszählung der strafmündigen Bevölkerung Preußens nach dem Religionsbekenntnisse vorgenommen. Zugrunde gelegt ist der Stand der Bevölkerung bei der Zählung am 1. Dezember 1910. Wir greifen daraus die Zahlen heraus, die einen Vergleich zwischen der Kriminalität der katholischen gegenüber der evangelischen Bevölkerung ermöglichen. Es wurden im Jahre 1910 wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze von je 100 000 strafmündigen Zivilpersonen registriert:

Evangelische	Katholische	Katholische mehr oder weniger
Diebstahl	1518	1371
Wegpreußen	1243	1661
Stadtkreis Berlin	1649	1970
Brandenburg	1035	1666
Pommern	1098	1754
Polen	1129	1531
Sachsen	908	1841
Sachsen-Altenstein	915	1171
Schleswig-Holstein	1025	2838
Danmark	916	1200
Westfalen	1095	1161
Nord-Rhein	351	1151
Rheinprovinz	1129	1288
Preußen insgesamt	1094	1443

Zur Ergänzung sei hinzugefügt, daß die Zahl für Preußen bei den sonstigen christlichen Bekenntnissen 601, bei den Juden 1128 pro Hunderttausend beträgt. Der Gesamtüberschuss für Preußen beläuft sich auf 1275. Demnach überschreiten die Evangelischen nur in vier, die Katholiken aber in elf von den oben angeführten Landesanteilen den Staatsdurchschnitt. Nur in einem einzigen Falle übersteigt die Kriminalität der Evangelischen die der Katholischen. Die Katholiken aber übersteigen die Evangelischen stellenweise um 30, 60, 80, ja einmal (Schleswig-Holstein) um 180 Prozent.
 Das Ergebnis dieser amtlichen Erhebungen und Berechnungen ist für die kirchlichen Niederhalter. Ungezählte Male hat man auf Zentrumstislen in Reden und Briefen, von der Trübnis des Reichstages, bis hin zur Höhe des Verdrüsses herab, der Katholizismus als die einzig richtige Macht gepriesen, die imstande sei, der unaufhaltsam vorwärtschreitenden Sozialdemokratie einen unübersteiglichen Wall entgegenzusetzen. Vor wenigen Tagen erst ist in dem Verlage des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Glabbach ein Buch erschienen, das auf Grund der Zahlen von 1907 (1), also mit mehrjähriger Verspätung, zum tausendsten Male diesen „Nachweis“ verliert, einen Nachweis, der durch die mittlerweile, im Jahre 1910 vollzogenen Reichstagswahlen aus fahlglichen Lügen getrafft worden ist. Gaben die Schwarzbar den vorigen Jahre mehrere ihrer besten Redungen, darunter sogar das heilige K. N., verloren, und nun kommt zum Vorschein, daß die weit des Nationalen Landesamtes und jetzt eine stiftliche Macht in der Reichsversammlung. Der katholische Glaube soll der Unwahrheit gegen die rote Blut sein. Die Gegenüberstellung von Konfession und

Kriminalität aber offenbar unüberleglich, daß die soziale und geistige Rückständigkeit der Zentrumswahlerschaft gleichmäßig der Mähdorn der starken Kriminalität der Katholiken und der Parteien des Zentrums ist. Neben der Religion spielt eben das soziale Milieu und der Kulturstandpunkt eines Volkes in der Kriminalität eine bedeutende Rolle. Schlechte wirtschaftliche und sonstige Verhältnisse machen den Menschen, sei er nun Protestant oder Katholik oder Jude, in erster Linie leicht zum Verbrecher. Sondernach ist es aber, daß gerade die Anhänger der Sektion, zu diesen rechnen auch die Freireligiösen, kriminell am besten dastehen.

Ein Geistlicher über die Sozialdemokratie.

Ein protestantischer Geistlicher, Stefan A. Solzamer, schreibt in einem Aufsatz im die Zukunft der evangelischen Kirche in dem 204. der Münchner Wochenchrift März, Seite 680, u. a.:
 „Gegenüber den Reichen des Verfalls und der Materialisierung des Lebens in den oberen Schichten erhebt immer wieder der Ruf auf das kühle Selbstum im Leben ungezügelter Reiter Leute unten in der Masse und flücht den Glauben an den alten Herrn und die Zukunft unseres Volkes. Auch an der gewaltigen Bewegung unserer Zeit, der des Protestantismus, soll die evangelische Kirche trotz aller Auswüchsen und Bodenübungen, wie es mit jeder großen Kampfbewegung emporsteigt, unerschrocken anerkennen die starken, idealen Kräfte: Dieses ergehe sich Empörungen der Massen aus dem Dunkel, ihr Kriegerkampf gegen die Gewalt des Mammonismus, die alle politischen Parteien des Bürgertums seit bestimmter Opfermüdigkeit, der geradezu religiöse Glaube an eine unsterbliche Zukunft, der stärker ist als mancher kirchliche Glaube, der voll Angst vor jedem freien Lufthauch starrt.“

Sozialismus und Kirche.

Die bischöfliche protestantische Kirche, die rechts in den Vereinigten Staaten, die der englischen Staatskirche entspricht, hielt in New York ihre Konvention ab. Voraus ging eine Prozession, in der die drei der sozialistischen Partei angehörigen Vorkämpfer: Spaulding von Utah, Williams (Michigan) und Miles (New-York), großes Aufsehen erregten. Eine Anzahl Geistliche hielten eine besondere Konferenz ab — gründeten eine sozialistische Liga der Kirche. Dort wurde beschlossen, der Konvention eine Tagesordnung vorzulegen, die vor einigen Jahren in England einer ähnlichen Konferenz vorgelesen hatte. Sie sagt u. a.: „Die Konvention erkennt das Ideal der Würde der Arbeit an, das der sozialdemokratischen Bewegung zugrunde liegt. Sie genehnt der Lehre des Herrn, die den unschätzbaren Wert jedes Menschens wertschätzt vor Gott lehr, und fordert, daß die Kirche dieser Bewegung, deren Ziel gleiche Behandlung und wahrhaft menschliche Gerechtigkeit für jeden ist, weiteste Sympathie entgegenbringe.“

Die Einführung glaubensfreien Unterrichts

für Kinder von Dissidenten oder freireligiösen gemünten Eltern vor Gegenstand der Stadtratsbeschlüsse in Gera. Gegen die bürgerlichen Stimmen wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit beschlossen, den Schulvorstand zu ersuchen, eine Vorlage einzubringen, nach der Kinder von Dissidenten ufm. vom christlichen Religionsunterricht entbunden und durch einen von der Stadt anzustellenden Lehrer glaubensfreien Sittenunterricht erteilt erhalten sollten. Eventuell soll — wenn diesem Beschluß Schwierigkeiten erwachsen sollten — die freireligiöse Gemeinde zur Einrichtung eines solchen Privatunterrichts einen angemessenen Zuschuß erhalten.